



Presseschau vom 28.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Rainer Rupp: Polit-Eliten am Abgrund: Jetzt rächen sich die Sünden der Vergangenheit
Die Manipulation von Wirtschaftsnachrichten aus politischer Zweckmäßigkeit ist nicht neu. Derzeit versucht die Biden-Regierung in den USA, den Begriff "Rezession" aus dem Diskurs zu verbannen. Und in Berlin gaukeln die Polit-Eliten dem Volk vor, alles im Griff zu haben. Dabei steuern sie zielgenau auf den Abgrund zu. ...

<https://kurz.rt.com/33kj> bzw. [hier](#)

Slobodan Kolomoets: Wie Lobbyisten Washington zu einem langen militärischen Konflikt in der Ukraine überreden konnten

Wer sich gefragt haben sollte, warum die westliche Medienberichterstattung über den Ukraine-Konflikt sich meist auf "laut Kiew" beruft, dann ist die Antwort größtenteils auf die Macht von Lobbyisten zurückzuführen, bei denen die Ukrainer immer die Guten und die Russen immer die Bösen sind. Doch dieses Narrativ kommt nicht von ungefähr. ...

<https://kurz.rt.com/33kt> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Angst vor Aufständen? Österreich und Deutschland bereiten sich auf Militäreinsätze im Innern vor

Wächst bei europäischen Politikern etwa die Angst vor Volksaufständen? Vermehrte Einsätze der eigenen Streitkräfte im Inneren sowie fragwürdige Armee-Übungen lassen vermuten: offenbar schon. Dabei rüttelt die Politik bereits seit Langem an den Hürden, die bislang noch Inlandseinsätzen entgegenstehen. Doch mit welchem Ziel? ...

<https://kurz.rt.com/33ic> bzw. [hier](#)

Maxim Artemjew: "Es ist die Sache nicht wert" – Ukrainer wollen nicht für Selenskijs Ziele sterben

Rund fünf Monate nach Beginn von Russlands militärischer Sonderoperation in der Ukraine nimmt der Widerstand in der Öffentlichkeit des Landes gegen Zwangsrekrutierungen für den Kriegsdienst zu. Kiews Siegespropaganda verliert mit jedem Tag an Kraft. ...

<https://kurz.rt.com/33if> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: NATO-Brandstifter Stoltenberg verlangt, dass die westliche Öffentlichkeit die Zeche bezahlt

Im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine sollen die Mitglieder der Europäischen Union "aufhören, sich zu beschweren", und "den Preis zahlen, den es zu zahlen gilt", sagte der Vorsitzende der militärischen Allianz, der maßgeblich daran beteiligt war, dass der Konflikt überhaupt zustande kam. ...

<https://kurz.rt.com/33lb> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Nach dem Scheitern in der Ukraine: Wo ist die Hintertür für die USA?

Die USA haben eine gute alte Tradition, nämlich Verbündete auf verlorenem Posten im Stich zu lassen. Eigentlich wäre die Ukraine jetzt an der Reihe. Schon allein wegen der US-Zwischenwahlen im November. Aber wie könnte das aussehen? Hier ein paar Spekulationen. ...

...

<https://kurz.rt.com/33js> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Lawrows Afrika-Reise: Macrons geheime Panik

Er war voll Empörung, der französische Präsident Macron. Wie konnten die Afrikaner nur der Ukraine die Solidarität verweigern und nicht nur keine Sanktionen gegen Russland verhängen, sondern den russischen Außenminister auch noch herzlich empfangen? Macron schwimmen gerade die Felle davon ...

<https://kurz.rt.com/33mj> bzw. [hier](#)

Tom J. Wellbrock: Da gehen, wehen und kämpfen sie – die woken Ideologien

Voller Stolz hisst Deutschlands Gesundheitsminister die Regenbogen-Fahne. Voller "unangenehmer" Gefühle erzwingen Besucher eines Konzertes dessen Abbruch, weil die Band es wagte, Rastalocken zur Schau zu tragen. Der Christopher-Street-Day wird zu einem politikarmen Politikum und die Ideologisierung schreitet in Kriegszeiten unaufhaltsam voran.

...

<https://kurz.rt.com/33lu> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:47 de.rt.com: **Russlands Außenministerium warnt vor Einsatz US-amerikanischer Mehrfachraketenwerfer gegen russisches Staatsgebiet**

Ein möglicher Einsatz US-amerikanischer Mehrfachraketenwerfer oder sonstiger von der NATO gelieferten Ferngeschütze durch ukrainische Streitkräfte gegen russisches Staatsgebiet könnte überaus ernste Folgen haben. Darüber warnte während der Verhandlungen zur militärischen Sicherheit und Waffenkontrolle in Wien der Leiter der russischen Delegation Konstantin Gawrilow. Er sagte nach Angaben des russischen Außenministeriums:

"Kollegen, lasst eure Achtsamkeit bitte nicht von transatlantischen Herren abtumpfen. Sollten die ukrainische Streitkräfte US-amerikanische Mehrfachraketenwerfer oder sonstige Ferngeschütze der NATO gegen russisches Gebiet einsetzen, wird es mehr als ernste Folgen haben."

Gawrilow warnte außerdem vor einer weiteren Anstachelung Europas zur Eskalation gegen Russland:

"Washington stachelt seine europäischen Satelliten dazu an, die Beziehungen zu Moskau zu verschlimmern, zwingt sie, ukrainische Soldaten auszubilden und das eigene Gebiet als Transitzone für Waffenlieferungen zu nutzen. Dies könnte zu einer Erweiterung der Zone des bewaffneten Konflikts führen."

dan-news.info: Die DVR und Belarus haben eine Menge Möglichkeiten für gegenseitige Zusammenarbeit, erklärte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin bei einem Arbeitsbesuch in der Oblast Brest.

„Diese belorussische Region hat ein großes Industriepotential, das aus dem Bausektor und der Lebensmittelindustrie besteht. Außerdem ist die Zusammenarbeit mit dem landwirtschaftlichen Sektor interessant. Der Donbass braucht heute verlässliche Partner und wir sind den Einwohnern des befreundeten Belarus dankbar, für eine gegenseitig fruchtbringende Zusammenarbeit haben wir viele Möglichkeiten. Wir haben verabredet, dass wir das auf der Arbeitsebene erarbeiten werden“, schrieb Puschilin in seinem Telegram-Kanal. Er fügte hinzu, dass er sich in der Hauptstadt der Oblast mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Oblast Dmitrij Gorodezkij, dem Vorsitzenden des Stadtrats Nikolaj Krasowskij und dem Leiter der regionalen Organisation „Belaja Rus“ Alexendr Bachanowitsch getroffen hat. Es wurden die Perspektiven der Zusammenarbeit der

belorussischen Region und der DVR erörtert.

21:04 de.rt.com: **Medien: G7 wollen bis Dezember Preisobergrenze für Erdöl aus Russland einführen**

Nach Angaben von Reuters planen die G7-Staaten bis Dezember eine Preisobergrenze für russisches Öl einzuführen. Der Preisbegrenzungsmechanismus für russisches Öl soll gleichzeitig mit dem Teilembargo der EU eingeführt werden, das am 5. Dezember in Kraft tritt.

Die G7 (Großbritannien, Deutschland, Italien, Kanada, Frankreich, Japan und die USA) wollen bis zum 5. Dezember eine Preisobergrenze für russisches Rohöl verhängen, wenn die Sanktionen der Europäischen Union in Kraft treten, die die Einfuhr von russischem Rohöl auf dem Seeweg verbieten. Dies wurde von einer Quelle gegenüber Reuters [berichtet](#). Ein hochrangiger G7-Beamter sagte:

"Das Ziel ist es, sich an den Zeitplan anzupassen, den die EU bereits festgelegt hat. Wir wollen sicherstellen, dass der Preisbegrenzungsmechanismus zur gleichen Zeit in Kraft tritt." Er fügte hinzu, dass eine Reihe von asiatischen Ländern an der Einführung einer Preisobergrenze durch die G7 interessiert sind, da sie dadurch ihre Verhandlungsposition gegenüber Russland bei neuen Verträgen verbessern könnten.

Die von der Gruppe der Sieben eingeführte Preisobergrenze soll so berechnet werden, dass der Ölpreis etwas über den Produktionskosten, aber deutlich unter den aktuellen Marktpreisen liegt. Anfang Juni verhängte die EU ein Teilembargo gegen russisches Öl. Die Lieferung von russischem Rohöl auf dem Seeweg in die EU soll ab dem 5. Dezember eingestellt werden. Darüber hinaus wird die Versicherung und Rückversicherung von Seetransporten von russischem Öl und Ölprodukten in Drittländer verboten.

Ende desselben Monats trafen sich die G7-Staaten zu einem Gipfel in den bayerischen Alpen und vereinbarten, die Preise für russisches Öl zusätzlich zum EU-Embargo zu begrenzen. Nach Angaben des japanischen Premierministers Fumio Kishida ist geplant, die Obergrenze auf etwa die Hälfte des derzeitigen Preises festzusetzen.

Laut Bloomberg kann die Obergrenze durch Versicherungs- und Transportmechanismen durchgesetzt werden. Das bedeutet, dass es nur möglich sein wird, Öl zu versichern und zu transportieren, dessen Preis einen bestimmten Schwellenwert nicht überschreitet. In diesem Zusammenhang äußerte das US-Finanzministerium auch die Hoffnung, dass der Mechanismus der Preisobergrenze gleichzeitig mit dem Teilembargo funktionieren wird. Der Unterstaatssekretär des US-Finanzministeriums, Adewale Adeyemo, sagte:

"Unser Ziel ist es, dass wir bis Dezember, wenn das Verbot in Kraft tritt, eine Preisobergrenze einführen können."

Die russischen Behörden warnten ihrerseits davor, dass die Ölpreise erheblich steigen würden, wenn die Obergrenze eingeführt wird. Nach Ansicht von Russlands Präsident Wladimir Putin treten die westlichen Länder "auf die gleiche Harke", die sie bei russischem Gas eingesetzt haben. Er erklärte:

"Das Ergebnis wird das gleiche sein – ein Anstieg der Preise. Die Ölpreise werden in die Höhe schießen."

Der stellvertretende Ministerpräsident Alexander Nowak erklärte seinerseits, dass Russland seine Lieferungen einstellen wird, wenn die Obergrenze für den Preis des russischen Öls unter den Produktionskosten läge.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e17b3e48fbef7bfd4ed22f.jpg>

21:18 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet über 50 Raketeneinschläge innerhalb einer Stunde - Maschinenwerk in Gorlowka brennt**

Die Vertretung der Volksrepublik Donezk bei der Gemeinsamen Kontrollkommission zur Überwachung der Einhaltung des Waffenstillstands meldet für die Zeit zwischen 20.00 Uhr und 21.00 Uhr 51 Raketen- und Mineneinschläge in den Städten und Siedlungen der Republik. Mehrheitlich handelt es sich dabei um Geschosse des NATO-Kalibers 155 mm, die durch die ukrainische Republik auf das Gebiet der DVR abgefeuert wurden.

Insgesamt hat nach Angaben der Waffenstillstandskontrolleure die ukrainische Artillerie am Mittwoch über 700 Raketen, Geschosse und Minen auf das Territorium der Volksrepublik Donezk abgefeuert. Am Nachmittag hatten die Behörden den Tod von zwei Zivilisten im Stadtbezirk Petrowski der Stadt Donezk gemeldet, darüber hinaus lagen zunächst keine amtlichen Angaben über Tote und Verletzte vor.

Getroffen wurde unter anderem eine Maschinenfabrik in der Stadt Gorlowka, die dadurch in Brand geraten ist.

21:23 de.rt.com: **BASF, Erdgas und Bananen**

Inzwischen haben wir gelernt, dass viele Sektoren der Industrie Erdgas benötigen, nicht nur als Brennstoff. Die BASF will jetzt ihre energieintensive Ammoniakproduktion drosseln. Aber auch das hat überraschende Nebenwirkungen – auch bei der Nahrungversorgung.

Während in deutschen Medien das Halbjahresergebnis von BASF [bejubelt](#) wird, das trotz der Sanktionsfolgen (800 Millionen Euro Mehrkosten für Erdgas) positiv ist, ging eine kleine Information unter.

Der Vorstandsvorsitzende Martin Brudermüller sagte auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Berichts: "Wir fahren die Produktion in Anlagen zurück, die große Mengen Erdgas benötigen, wie Ammoniakanlagen."

Ammoniak ist Ausgangsprodukt für Stickstoffdünger, aber auch für Sprengstoffe. Wenn im Moment die Produktion an Stickstoffdünger zurückgeht, ist das zumindest in Deutschland nicht problematisch, weil dieser Dünger im Frühjahr eingesetzt wird. Bezogen auf andere Länder, womöglich auf der südlichen Halbkugel, sieht das natürlich anders aus; BASF ist immerhin der weltgrößte Chemiekonzern.

Aber dahinter verbirgt sich noch ein anderes Problem, das auf den ersten Blick nicht sichtbar ist. Bei der Produktion von Ammoniak entsteht als Nebenprodukt sehr reines Kohlendioxid, und dieses Gas, das in der Presse nur als "Treibhausgas" und "Klimakiller" auftaucht, ist ein zentrales Produkt für die Lebensmittelindustrie. Steht die Produktion von Ammoniak, steht die von CO₂ automatisch ebenfalls.

Das Kohlendioxid, das anfällt, wird nicht nur Getränken zugesetzt oder dient als Trockeneis

zur Kühlung. Und auch wenn wir heute kohlenstoffhaltige Getränke gewohnt sind, der ursprüngliche Zweck war Konservierung. Heute wird CO₂ unter anderem in Lebensmittelverpackungen eingesetzt, um die Haltbarkeit von Produkten zu verlängern. Auf die gleiche Weise wird in Lagerhäusern gearbeitet – die natürliche Atmosphäre wird durch eine Gasmischung ersetzt, die Reifung und Verderb verzögert.

Kohlendioxid ist dabei das meistverwendete Gas. Das nächste Gas, das auf diese Weise eingesetzt wird, ist Stickstoff. Der allerdings wird ebenfalls aus Ammoniak erzeugt, fällt also mit aus.

Kein Problem, mag man denken, dann hält das Gemüse halt nicht ganz so lang, und man muss öfter Brot kaufen gehen. Aber so simpel ist das nicht. Diese Formen der Lagerung und Verpackung wurden nicht erfunden, um den Verbrauchern einen Gefallen zu tun, sondern um einen Transport über weitere Wege und eine Lagerhaltung für längere Zeit zu ermöglichen. Die gesamte Logistikkette ist darauf eingestellt. Obst und Gemüse, das nicht unter den etablierten optimalen Bedingungen gelagert wird, kommt womöglich verdorben am Zielort an. Damit verringert sich insgesamt die Menge der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel, weil sich eingeführte Handelswege und Lagerverfahren nicht von einem Tag auf den anderen ersetzen lassen.

Eines der ersten Nahrungsmittel, das auf diese Weise transportiert wurde, waren Bananen. Die veränderte Atmosphäre im Inneren eines Bananentransporters stellt sicher, dass die Bananen unterwegs nicht reifen und immer noch halb grün im Supermarkt ankommen. Das hat natürlich auch den Vorteil, dass grüne Bananen weniger druckempfindlich sind als reife. Wären sie bei Anlandung reif, wäre der Transport wesentlich aufwendiger und die Bananen dementsprechend teurer.

Es ist aber nicht nur Obst und Gemüse, bei denen diese "Schutzatmosphäre" zum Einsatz kommt, es ist auch Fleisch – und mit derselben Wirkung. Fleischangebote bei Discountern gibt es erst, seit das angebotene Fleisch so verpackt wird, weil es dort eingekauft werden kann, wo es am billigsten ist, dann lange Wege zurücklegen, und beim Endverbraucher immer noch einige Tage lang haltbar ist. Sofern nicht zufällig doch ein regionaler Lieferant dahinter steht, dürfte dieses Angebot entfallen, wenn das Schutzgas nicht zur Verfügung steht.

Selbst in dem Fall, dass sich dieses Gas andernorts erwerben lässt, wird es auf jeden Fall teurer, die gesamte Lieferkette entlang. Damit enthält der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln, der ohnehin über der allgemeinen Inflation liegt und insbesondere die ärmere Bevölkerung trifft, zusätzlichen Schub. Das ist ein weiteres Beispiel, wie eine hochvernetzte Produktion auf einen Ausfall einzelner Bestandteile reagiert. Ein Mangel an Erdgas erzeugt Probleme in Bereichen, auf die man auf den ersten Blick nicht käme. Wer denkt bei Erdgas schon an Bananen?



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e1503f48fbef79602df948.jpg>

Makejewka durch ukrainischen Beschuss unterbrochen

Die Wasserversorgung der Städte Donezk, Jassinowataja und Makejewka in der Donezker Volksrepublik ist aufgrund ukrainischer Artillerieangriffe unterbrochen worden. Wie der Bürgermeister von Donezk, Aleksei Kulemsin, auf Telegram erklärte, hat der ukrainische Beschuss die Stromversorgung einer Filterstation unterbrochen und damit die Wasserzufuhr in die genannten Städte unmöglich gemacht. Kulemsin fügte hinzu, dass Reparaturarbeiten nach dem Ende des Beschusses begonnen werden.

Der Bürgermeister von Jassinowataja, Dmitri Schewtschenko, meldete außerdem, dass der ukrainische Beschuss auch die Stromversorgung der Stadt lahmlegte. Einzig das zentrale Bezirkskrankenhaus könne zurzeit in Jassinowataja mit Elektrizität versorgt werden, schrieb Schewtschenko auf Telegram.

Die Städte der Donezker Volksrepublik stehen seit dem Morgen des heutigen Mittwochs unter schwerem ukrainischen Beschuss. Die Vertretung der DVR beim Internationalen Zentrum für Kontrolle und Koordination meldete über 50 Artillerieangriffe, bei denen Geschosse der Kaliber 122, 152 und 155 Millimeter sowie diverse Raketen eingesetzt wurden. Drei Zivilisten in Donezk und einer in Jassinowataja sind durch den Beschuss ums Leben gekommen.

22:00 de.rt.com: Tischtennis-Weltverband schließt Russland und Weißrussland von WM in Chengdu aus

Der Tischtennis-Weltverband ITTF hat die russischen und weißrussischen Teams von der Mannschafts-Weltmeisterschaft im chinesischen Chengdu ausgeschlossen. Das [gab](#) der Dachverband am Mittwoch nach einer zweitägigen Sitzung seines Exekutivkomitees in Malmö bekannt.

Wegen des Ukraine-Kriegs hatte die ITTF bereits am 1. März alle russischen und weißrussischen Spieler von internationalen Wettbewerben ausgeschlossen. Die ITTF behielt sich seinerzeit jedoch vor, weitere Entwicklungen zu beobachten und diese Entscheidung jederzeit zu überprüfen. Zwei Monate vor den Weltmeisterschaften vom 30. September bis 9. Oktober in der chinesischen Millionenstadt wurde der Ausschluss der russischen und weißrussischen Teams nun aber bestätigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62e1730f48fbef7c1b460432.jpg>

22:26 de.rt.com: LVR: Wärmekraftwerk von Ugleorsk könnte wieder in Betrieb gehen

Ein Sprecher der Lugansker Volksmiliz hat der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti mitgeteilt, dass die wichtigste Ausrüstung des jüngst eingenommenen Wärmekraftwerks von Ugleorsk funktionsfähig sei. Das Elektrizitätswerk lasse sich wieder in Betrieb nehmen. Andrei Marotschko räumte gleichzeitig ein, dass es doch auch Schäden und Zerstörungen gebe:

"Aber bei der anfänglichen Begutachtung teilten unsere Fachleute vorläufig mit, dass man das Wärmekraftwerk wieder hochfahren könnte."

Zuvor hatte der offizielle Vertreter der Lugansker Volksmiliz, Iwan Filiponenko, das Wärmekraftwerk von Uglegorsk für befreit erklärt. Das Gelände sei nun völlig von ukrainischen Kräften gesäubert. Demnächst müsse es minenfrei gemacht werden. In den sozialen Netzwerken tauchten inzwischen erste Drohnenaufnahmen des eingedammerten Elektrizitätswerks in der Nähe der Stadt Swetlodarsk auf.

22:53 de.rt.com: **Botschafterin der DVR in Russland: Internationale Organisationen ignorieren Kiews Verbrechen**

Die internationalen Organisationen ignorieren alle Hinweise der Donezker Volksrepublik auf ukrainische Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, erklärte die Botschafterin der DVR in Russland, Olga Makejewa, gegenüber der Nachrichtenagentur TASS. Sie hob hervor, dass während der acht Jahre, die der Konflikt im Donbass andauert, "keine einzige Erklärung über die Unzulässigkeit der Anwendung verbotener Kriegsführungsmittel gegen die Zivilbevölkerung" abgegeben worden sei. Makejewa fügte hinzu:

"Es scheint, als ob die Weltgemeinschaft in einer parallelen Realität leben würde, wo ein Schmerz, der nur ihnen verständlich ist, existiert, nur Eingriffsanlässe, die für sie verständlich, profitabel und nötig sind. Alles, was den Donbass angeht, 'ist etwas Anderes', wie sie gerne sagen."

Die Botschafterin merkte an, dass sich die DVR dennoch weiterhin an internationale Organisationen wenden und Resolutionen zum Schutz der Zivilbevölkerung fordern werde: "Das ist ihre heilige Pflicht, zu reagieren, zu beobachten, keine Rechtsverletzungen zuzulassen. [...] Auch, wenn es nur ihren ruhigen Schlaf stört, aber solange es ihre Aufgabe ist, mögen sie es lesen."

Zuvor hatte die Außenministerin der DVR, Natalja Nikonorowa, die Absicht verkündet, unter russischer Mitwirkung bei den Vereinten Nationen eine Verurteilung von Waffenlieferungen an die Ukraine zu fordern.

vormittags:

7:59 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet traurige Tagesbilanz: Vier tote und elf verwundete Zivilisten nach Artilleriebeschuss durch ukrainische Streitkräfte**

Im gesamten Gebiet der Volksrepublik Donezk kamen in den vergangenen 24 Stunden vier Zivilisten bei Artilleriebeschuss durch ukrainische Einheiten ums Leben. Weitere elf wurden verwundet. Damit korrigiert die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes die entsprechende Zahl vom Vorabend um jeweils eine Person nach oben.

Stand 27. Juli 22 Uhr flogen auf das Gebiet der Republik 658 Geschosse, einschließlich Raketenartillerie und Haubitzen aller gängigen Kaliber.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 28.7.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- bis zu 45 Mann;
- 3 Schützenpanzerwagen;
- 6 Spezialfahrzeuge;
- 2 dauerhafte Feuerpunkte.

4 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die richtige Entscheidung getroffen, die

Waffen niedergelegt und so ihr Leben erhalten.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Während des 27. Juli haben sie mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Warwarowka und Pschenitschnoje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Außerdem haben Vertreter der gesellschaftlichen Bewegung „Volksfront“ mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe nach Sewerodonezk und die umliegenden Ortschaften gebracht.

9:15 de.rt.com: Ukrainische Raketenartillerie beschießt Donezk mit Fernverminungsgeschossen

Das ukrainische Militär hat Raketen mit Personen-Streuminen vom Typ PMF-1 Lepestok auf Donezk abgefeuert. Dies meldete das Hauptquartier für territoriale Verteidigung der DVR auf Telegram.

"Ukrainische Kämpfer haben einen Raketenangriff auf Donezk gestartet und dabei verbotene Personen-Druckminen PMF-1 Lepestok verstreut. Sanitäter, die sich zu Außeneinsätzen aufmachten, fanden sie zahlreich vor."

Die Minen wurden in den Donezker Stadtteilen Kievski und Kuibyschewski verstreut.

Der Bürgermeister der Stadt Alexei Kulemsin gab bekannt, dass Pyrotechniker und Rettungskräfte im Zusammenhang mit dem Beschuss im Einsatz seien. Auch fahren Spezialfahrzeuge durch die Stadt, die die Bewohner über Lautsprecher vor der Gefahr warnen, sagte der Bürgermeister. Er warnte:

"Seien Sie vorsichtig! Heben Sie nichts von der Straße auf und halten Sie sich von unbekanntem Gegenständen fern!"

Zuvor erhielten ukrainische Artilleristen in der Stadt Tschassow Jar nahe Donezk eine große Charge von Raketengeschossen zur Fernverminung, meldete der Militärsprecher der verbündeten Miliz der Volksrepublik Lugansk, Oberstleutnant Andrei Marotschko, mit Verweis auf Aufklärungsdaten.

Die PMF-1 ist eine kleine, unter Druck wirkende Antipersonenmine, die über ein Gebiet verstreut wird – etwa mit Raketengeschossen von Mehrfachwerfern, ähnlich wie Streumunition. Sie ist klein, grün, beinahe vollständig aus Kunststoff und daher visuell schwer von der Vegetation zu unterscheiden und kaum mit Metallsuchgeräten zu finden. Diese Minen sind sogenannte Kumulativdruckzünder, deren gesamtes flaches Gehäuse als Trittknopf dient, und lassen sich daher sehr schwer entschärfen. Sie werden unter anderem vom 220-Millimeter-Mehrfachraketenwerfer BM-27 Uragan ausgestreut. Jede Rakete fasst 312 davon, jeder Werfer hat 16 Startrohre für je eine Rakete. Das ukrainische Arsenal hat nahezu ausschließlich die Version ohne zeitlichen Selbstzerstörungsmechanismus im Einsatz. Seit Beginn der russischen Intervention im Ukraine-Konflikt verminten kiewtreue Artilleristen mit diesen Kampfmitteln wiederholt den Norden des Gebiets Charkow, aber auch Ortschaften im Donbass.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 28.7.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR 842

Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**, außerdem hat der **nicht lenkbare Luftraketen des Kalibers 80mm eingesetzt** (ohne Einsatz von Fluggeräten).

Die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 3 Zivilisten und 11 wurden verletzt**. 33 Wohnhäuser und 7 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Zug Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, eine Haubitze M-777, 3 Lastwagen und mehr als 40 Mann.

2 Feuerstellungen des Gegners im Gebiet von Awdejewka wurden beseitigt.

9:39 de.rt.com: **Mehr als 20.000 Haushalte der Volksrepublik Donezk nach Artilleriebeschuss ohne Strom**

Mehr als 20.000 Haushalte in der Volksrepublik Donezk sind nach Artillerieangriffen durch ukrainische Streitkräfte weiterhin ohne Strom. Dies teilte das Donezker Ministerium für Kohlewirtschaft und Energie mit.

"Stand 07:00 Uhr am 28. Juli waren auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk 175 Umspannwerke und 22.965 Haushaltsanschlüsse stromlos."

Weiter wies das Ministerium darauf hin, dass die Umspannwerke, die die Verbraucher in Makejewka und Jassinowataja versorgen, aufgrund von Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte keinen Strom führen. Einige von ihnen in Makejewka konnten über eine Notstromleitung versorgt werden.

Infolge der Angriffe fiel der Strom auch in der Trinkwasseraufbereitungsanlage Werchnekalmiusskaja, die Donezk, Jassinowataja und Makejewka mit Wasser versorgt, aus. Infolgedessen fehlt vielen Haushalten dort auch fließend Wasser. Der andauernde Beschuss erschwert Reparaturen, so das Ministerium – und dennoch laufen sie, soweit möglich:

"Die Notfall- und Wiederherstellungsmannschaften des ‚Regionalen Energieversorgungsunternehmens‘ sind bereits dabei, die Schäden zu beheben, soweit dies möglich ist. Aufgrund des anhaltenden Beschusses können die Elektriker jedoch nicht alle Anlagen erreichen, um Reparaturen durchzuführen."

10:07 de.rt.com: **Russischer Generalstaatsanwalt: 1.000 Fälle der Vernichtung von Einwohnern des Donbass durch das Kiewer Regime werden untersucht**

Erste Exemplare der an die Ukraine gelieferten westlichen Waffen sind aufgetaucht, auch auf dem Schwarzmarkt. Dies sagte der russische Generalstaatsanwalt Igor Krasnow am Donnerstag bei einem Arbeitstreffen mit dem kirgisischen Generalstaatsanwalt Kurmankul Suluschew.

Krasnow erinnerte insbesondere daran, dass in Russland mehr als tausend Strafverfahren wegen der "Vernichtung von Einwohnern des Donbass durch das Kiewer Regime" untersucht werden. Zahlreiche Morde und Gräueltaten an Zivilisten durch die ukrainischen Kämpfer wurden bereits festgestellt. Krasnow erklärte:

"Nach wie vor werden täglich solche Verbrechen begangen, an denen auch Söldner aus den GUS-Staaten beteiligt sind. Es wird ein fast unkontrollierter Umsatz von Waffen und Munition verzeichnet, wobei auch viele, vor allem westliche Modelle auf dem Schwarzmarkt auftauchen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e24103b480cc10bf598348.jpg>

Igor Krasnow

10:15 de.rt.com: **Ukrainische Kriegsgefangene sollen an Reparaturarbeiten an Antonowski-Brücke im Cherson-Gebiet teilnehmen**

Die staatliche Regionalverwaltung von Cherson plant, kriegsgefangene ukrainische Truppen an der Instandsetzung der Antonowski-Brücke zu beteiligen, die die Stadt Cherson mit dem auf der anderen Seite des Dnjepr gelegenen Teil der Region Cherson verbindet. Die Brücke wurde im Juli durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte beschädigt. Kirill Stremoussow, stellvertretender Leiter der zivil-militärischen Verwaltung der Region, erklärte am Donnerstag gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS:

"Die Reparatur der Antonowski-Brücke wird vorerst provisorisch durchgeführt. Aber wenn andere Gebiete befreit sind, werden die Kriegsgefangenen sie wieder ordentlich instand setzen – und selbst wieder aufbauen, was sie zerstört haben."

Das ukrainische Militär beschießt regelmäßig Wohnorte im Gebiet Cherson, seitdem diese nicht mehr unter der Kontrolle Kiews stehen. Auch feuerten die ukrainischen Streitkräfte wiederholt mit US-HIMARS-Mehrfachraketenwerfern (High Mobility Artillery Rocket System) auf die Antonowski-Brücke und beschädigten die Straßendecke. Zuvor hatten die Behörden beschlossen, den Verkehr auf der Straße einzuschränken, indem sie die Durchfahrt zunächst für Lastwagen untersagten. Nach dem Beschuss in der Nacht des 27. Juli wurde der Verkehr auf der Brücke vollständig untersagt, was jedoch nach Angaben der zivil-militärischen Verwaltung aus militärischer Sicht keine Rolle spielt und lediglich das Leben der Zivilisten erschwert. Die Brückenpfeiler wurden von den US-Raketen bis jetzt nicht in Mitleidenschaft gezogen, doch die durch die Einschläge entstandenen Schäden an der Straßendecke erschweren den Verkehr und der immer wieder stattfindende ukrainische Beschuss macht sowohl den Verkehr als auch Reparaturarbeiten sehr gefährlich.

Die Antonowski-Brücke ist die einzige Straßenbrücke, die die Stadt Cherson auf der westlichen Seite des Dnjepr mit dem Teil des Gebiets Cherson am anderen Ufer verbindet.

10:32 de.rt.com: **Russische Schwarzmeerflotte übernimmt Herrschaft im Asowschen Meer**

Die Kampfhandlungen der Schwarzmeerflotte während der russischen Sonderoperation in der Ukraine haben es ermöglicht, die Vorherrschaft im Asowschen Meer zu erlangen und die Kontrolle über den nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres herzustellen. Diese Erklärung wurde vom Befehlshaber der Schwarzmeerflotte, Admiral Igor Ossipow, abgegeben. Er beglückwünschte die Soldaten und Veteranen anlässlich des bevorstehenden Tags der russischen Marine mit den Worten:

"Die Kampftätigkeit der Schwarzmeerflotte während der militärischen Sonderoperation ermöglichte es, die Vorherrschaft über den Feind im Asowschen Meer zu erlangen und die Kontrolle über den nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres zu erlangen. Die Schiffe und Flugzeuge der Flotte zerstören kritische feindliche Einrichtungen mit Präzisionswaffen mit großer Reichweite und unterstützen die Offensivaktionen der Bodentruppen."

Ihm zufolge erfüllen die Schwarzmeerkrieger heute mit Mut und Heldentum erfolgreich die Kampfaufgaben der speziellen Militäroperation in der Ukraine und beweisen damit, dass sie würdige Erben des militärischen Ruhms der Generation der Sieger des Großen Vaterländischen Krieges sind, die ihre Mission zur Ausrottung des Nazismus fortsetzen. Ossipow betonte:

"Niemand zweifelt mehr daran, wie wichtig es für Russland ist, eine moderne, leistungsfähige und kampffähige Marine zu haben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e2490048fbef2dcf0496cc.jpg>
Gepanzerte Fahrzeuge der russischen Streitkräfte werden vom großen Landungsschiff Orsk der russischen Schwarzmeerflotte auf dem Marinestützpunkt Wostok in Berdjansk entladen

11:00 de.rt.com: **Kim Jong-un sieht Nordkorea zu jedem militärischen Zusammenstoß mit USA vollkommen bereit**

Anlässlich des Siegestages am 27. Juli hat Pjöngjang erneut Seoul und Washington vor jeglichen "gefährlichen Versuchen" gewarnt, das Land anzugreifen. Kim Jong-un zeigte sich sicher, dass Nordkorea auf eine militärische Konfrontation mit den USA völlig gefasst sei. Am Mittwoch hat Nordkorea den Tag des Sieges im Großen Vaterländischen Befreiungskrieg gefeiert, der jeweils am 27. Juli begangen wird. Am 69. Jahrestag der Unterzeichnung des koreanischen Waffenstillstandsabkommens warnte Kim Jong-un Südkorea und die USA vor einem Angriff auf sein Land. Die Regierung in Seoul und das südkoreanische Militär müssten mit Vernichtung rechnen, sollten sie einen "gefährlichen Versuch" unternehmen, Nordkorea zu überfallen. Unter Berufung auf die örtlichen Medien [zitierte](#) die südkoreanische Agentur Yonhap den nordkoreanischen Staatschef mit den Worten:

"Wenn das südkoreanische Regime und militärische Gangster daran denken, uns militärisch einzunehmen, und glauben, dass sie unsere militärische Stärke präventiv mit bestimmten Mitteln oder Methoden zum Teil neutralisieren oder zerstören können, dann irren sie sich."

Kim unterstrich in diesem Zusammenhang, dass sein Land zu jedem möglichen Zusammenstoß mit den USA bereit sei. Pjöngjang könne seine Kräfte zur Eindämmung eines Atomkrieges schnell und präzise mobilisieren. Die entsprechenden Mittel stünden kampfbereit.

Weiter warf der nordkoreanische Staatschef den USA vor, die grundsätzlichen Interessen der Demokratischen Volksrepublik grob zu verletzen. Washington bezeichne Pjöngjangs Handlungen fälschlicherweise als Provokationen, während es selbst gemeinsame Übungen

mit Seoul durchführe, die eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit Nordkoreas darstellten. Mit solchem Tun bringe Washington sein Verhältnis mit Pjöngjang an einen irreversiblen Punkt.

Zuvor hatte das nordkoreanische Außenministerium Washington und Seoul für ihre gemeinsamen Militärübungen scharf kritisiert. Diese können zu einem neuen bewaffneten Konflikt auf der koreanischen Halbinsel führen, hieß es in einer Mitteilung am Dienstag. Während seiner Asien-Tour hatte sich US-Präsident Joe Biden im Mai mit seinem südkoreanischen Amtskollegen Yoon Suk-yeol darauf geeinigt, den Umfang der gemeinsamen militärischen Manöver und Übungen auszuweiten. Die nächsten Manöver sollen voraussichtlich im August stattfinden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e2436cb480cc0db55e102f.jpg>
Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un nimmt am 27. Juli 2022 an der feierlichen Veranstaltung anlässlich des 69. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Befreiungskrieg teil

11:21 de.rt.com: **LVR: Kiew schickt Militärpsychologen ins Kriegsgebiet, um "Kollaborateure" aufzudecken und antirussische Launen zu schüren**

Dem Aufklärungsdienst der Volksrepublik Lugansk liegen Daten vor, wonach das ukrainische Militär eine große Gruppe von Militärpsychologen in die Zone der Kriegshandlungen entsandt hat, um prorussische Bürger zu identifizieren. Dies legte der Sprecher der LVR-Volksmiliz Andrei Marotschko am Donnerstag gegenüber der TASS offen:

"Das ukrainische Kommando hat eine große Gruppe von Militärpsychologen in das Gebiet der militärischen Sonderoperation geschickt. Zu ihren Aufgaben gehört nicht nur die psychologische Betreuung der eigenen Soldaten, sondern auch die Arbeit mit der örtlichen Bevölkerung. Ziel ist es, pro-russische Bürger zu identifizieren und russenfeindliche Launen in der Gesellschaft zu schüren."

Am 24. Juli erklärte der Leiter der ukrainischen Nationalpolizei Igor Klimenko, dass innerhalb von fünf Monaten mehr als tausend Strafverfahren wegen "Kollaborateur-Aktivitäten" in der Ukraine eingeleitet und bereits 174 Personen angeklagt worden seien. Auch die Behörden anderer von Kiew kontrollierter Landkreise und Städte außerhalb der bislang umkämpften Gebiete hatten angekündigt, dass sie nach "Kollaborateuren" suchen. So erklärte unter anderem der Leiter der regionalen Militärverwaltung von Nikolajew, Vitali Kim, dass er plane, die Stadt für ein oder zwei Tage abzusperren, um "Kollaborateure und Verräter zu neutralisieren".

11:36 de.rt.com: **Ukrainischer Drohnenangriff auf Wohnhaus der Mitarbeiter am Atomkraftwerk Saporoschje**

Ein ukrainischer Drohnenangriff hat am Donnerstagabend ein Haus getroffen, in dem Angestellte des Kernkraftwerks Saporoschschje wohnen. Glücklicherweise kam bei diesem Angriff niemand zu Schaden, wie ein Vertreter des Pressedienstes in der Verwaltung der Stadt Energodar, wo sich das Kraftwerk befindet, gegenüber der russischen Nachrichtenagentur

RIA Nowosti erklärte:

"Heute Abend wurde die Siedlung Sosnowy Bor in Energodar, in der Mitarbeiter des Kernkraftwerks Saporoschschje leben, von einer Drohne der ukrainischen Sicherheitskräfte angegriffen. Bei diesem Angriff wurde ein Wohnhaus in der Pridnjeprowskaja-Straße beschädigt. Zu Opfern kam es nicht."

Auch zuvor hatten ukrainische Drohnen wiederholt das Gebiet des AKW Saporoschschje angegriffen. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, kommentierte bei einer Pressekonferenz in Moskau, Kiew bedrohe mit seinen Drohnenangriffen die ukrainischen Atomanlagen und versuche, eine nukleare Katastrophe in Europa zu provozieren. Russland wandte sich wegen der Drohnenangriffe Kiews auf das Kernkraftwerk Saporoschschje an die Internationale Atomenergieorganisation und wartet seitdem auf die Reaktion der internationalen Gemeinschaft.

Kiews wiederholte Angriffe, die in der Vergangenheit auch dem Kühlsystem des Kernreaktors galten, legen nahe, dass das ukrainische Militär nach Erhalt der ballistischen Gefechtsfeldraketen ATACMS (Army Tactical Missile System) aus US-Produktion mit einer Reichweite von bis zu 300 Kilometern bald nicht nur Objekte auf der Krim beschießen wird. In Reichweite der jeweiligen Abschussplattformen befinden sich dann ebenso die drei russischen Atomkraftwerke.

nachmittags:

12:20 de.rt.com: **Selenskij: Die Ukraine ist der einzige legitime Erbe der Kiewer Rus**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat am Donnerstag erklärt, die Ukraine sei die einzige und legitime Erbin der Kiewer Rus. Diese Erklärung gab er in einer Videoansprache anlässlich des Tages der ukrainischen Staatlichkeit ab. Vor einem Denkmal für Wladimir den Großen am Ufer des Dnepr stehend, sagte Selenskij:

"Wir sind keine Kolonie, keine Autonomie, keine Provinz, sondern ein unteilbares und unabhängiges Land, das mindestens 1500 Jahre alt ist, als Kiy, Schtschek, Choriw und Lybed die Hauptstadt der Ukraine gründeten. Die Ukraine ist die einzige legitime Erbin der Kiewer Rus, der Errungenschaften unserer Herrscher Askold und Dir, des Propheten Oleg, des Fürsten Igor, der gleichberechtigten apostolischen Prinzessin Olga, von Wladimir dem Großen, Jaroslaw dem Weisen und Wladimir Monomach."

Die Ukraine zelebrierte den Tag der ukrainischen Staatlichkeit zum ersten Mal am 28. Juli 2022. Auf Initiative von Präsident Selenskij wurde der Gedenktag "Tag der Taufe der Rus" im vergangenen Jahr zum Feiertag aufgewertet. In der Ukraine wurde der Tag in "Tag der Taufe der Kiewer Rus" umbenannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e25c0048fbef7c1b4604b3.jpg>

13:29 (12:29) novorosinform.org: **Salushny berichtete Selenskij über die Ineffektivität von**

HIMARS während der Gegenoffensive im Süden

Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine Waleri Salushny glaubt, dass westliche Waffen in der Offensive der Streitkräfte der Ukraine in der Region Cherson unwirksam sind, berichtet der Telegram-Kanal „Residen“ unter Berufung auf eine Quelle.

Die amerikanischen MLRS HIMARS könnten nur punktgenaue Schläge ausführen, und für eine Gegenoffensive sei es notwendig, ein Sperrfeuer zu erzeugen, glaubt Saluahny. Darüber hinaus verfügten die Streitkräfte der Ukraine über eine kleine Anzahl von Raketen, die nur für drei Tage Artillerieangriffe ausreichend seien.

"Resident" berichtet, dass Kiew auch auf westliche "Caesars" und "Javelins" gehofft habe, aber ihre Zahl reiche nicht aus, um das Blatt zu wenden. Es wird darauf hingewiesen, dass die ukrainische Armee für eine Gegenoffensive eine große Anzahl von Luftverteidigungssystemen, Panzern und Mehrfachraketen systemen benötige. Darüber hinaus litten die Streitkräfte der Ukraine unter einem Mangel an Flugzeugen



https://novorosinform.org/content/images/98/16/49816_720x405.jpg

12:31 de.rt.com: USA bieten Russland Gefangenenaustausch an – Russisches Außenamt weist auf fehlende Anfragen hin

Nach Angaben von CNN bieten die USA Russland an, den russischen Geschäftsmann Wiktor But gegen die US-Amerikaner Paul Whelan und Brittney Griner auszutauschen. Wiederum betonte Moskau, dass es keine offiziellen Anfragen diesbezüglich erhalten habe.

US-Außenminister Antony Blinken teilte am 27. Juli mit, die USA hätten Russland ein "substanzielles Angebot" für die Freilassung der Basketballspielerin Brittney Griner und des wegen Spionage inhaftierten Paul Whelan gemacht. Einem CNN-Bericht zufolge werde der Austausch den russischen Waffenhändler Wiktor But und die beiden US-Amerikaner betreffen. Blinken wörtlich:

"In den kommenden Tagen werde ich voraussichtlich mit dem russischen Außenminister Lawrow sprechen. Ich habe vor, ein Thema anzusprechen, das für uns höchste Priorität hat, nämlich die Freilassung der Amerikaner Paul Whelan und Brittney Griner."

Laut Blinken hätten die Regierungen der beiden Länder mehrmals und direkt über diesen Deal kommuniziert. Der US-Chefdiplomat ging jedoch nicht näher auf die Einzelheiten der Angelegenheit ein. Nach Angaben von CNN habe US-Präsident Joe Biden den Austauschplan persönlich genehmigt.

Wiederum erklärte das russische Außenministerium, dass Moskau keine Anfragen aus Washington bezüglich des Telefongesprächs von US-Außenminister Antony Blinken mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow erhalten habe. Das russische Außenamt unterstrich, es lasse sich von der "normalen diplomatischen Praxis und nicht von der Praxis des Megaphons" leiten.

CNN-Quellen sollen behauptet haben, dass sich Bidens Regierung seit mehreren Monaten für die Freilassung der beiden US-Amerikaner einsetze. CNN zitierte einen Beamten der US-Regierung:

"Wir haben ein substantielles Angebot unterbreitet, von dem wir glauben, dass es aufgrund der Geschichte der Gespräche mit den Russen erfolgreich sein könnte."

Ferner soll der US-Beamte präzisiert haben, dass das Angebot im Juni an Moskau gerichtet worden sei. Die Pressesprecherin des russischen Außenamtes Maria Sacharowa bedauerte bereits am 14. Juli, dass Washington den Weg der öffentlichen Erklärungen gewählt habe, anstatt sich auf diplomatische Kanäle zu konzentrieren. Ihr zufolge stehe das Aufsehen um solche Prozesse "manchmal einfach im Weg".

Brittney Griner wird seit Februar in Russland wegen Drogenvergehen festgehalten, während Paul Whelan, ein ehemaliger US-Marineinfanterist, 2020 wegen Spionage verurteilt wurde und derzeit eine 16-jährige Haftstrafe in einem russischen Gefängnis verbüßt.

Wiktor But war 2008 in Thailand festgenommen und zwei Jahre später an die USA ausgeliefert worden. Er wurde der Bewaffnung einer terroristischen Organisation und der Verschwörung zur Tötung von US-Bürgern für schuldig befunden und 2012 zu 25 Jahren Haft in einem Bundesgefängnis verurteilt. Vor seiner Verhaftung und Verurteilung war But einer der erfolgreichsten Waffenhändler der Welt, dessen Leben den Hollywood-Film "Lord of War" aus dem Jahr 2005 inspirierte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e25fb1b480cc77682c81ae.jpg>

Wiktor But, Brittney Griner und Paul Whelan

12:42 de.rt.com: **Aufklärungsdaten: Internationale humanitäre Hilfsgüter statt an Zivilisten größtenteils an ukrainische Truppen weitergeleitet**

Bewohner des von der Ukraine kontrollierten Artjomowsk (heute auch Bachmut) sind äußerst unzufrieden: Die örtliche zivil-militärische Verwaltung gibt einen Großteil der internationalen humanitären Hilfen schnurstracks an das ukrainische Militär weiter – darunter vor allem Lebensmittel und Alltagsgebrauchsgegenstände. Dies geht aus Daten hervor, die der Lugansker Volksmiliz vorliegen, meldete der Sprecher, Oberstleutnant Andrei Marotschko, am Donnerstag:

"In der Ortschaft Artjomowsk wächst der Unmut der Bevölkerung über die 'Umverteilung' der für die Zivilbevölkerung bestimmten internationalen humanitären Hilfe. Aufgrund der geringen Versorgung der ukrainischen Einheiten schickt die zivil-militärische Verwaltung den größten Teil der Lebensmittel und lebensnotwendigen Güter an die Truppen – und beraubt damit Menschen dieser Unterstützung in einer schwierigen Lebenslage."

Zuvor hatte Marotschko berichtet, dass die ukrainischen Streitkräfte versuchten, ihre Stellungen in der Nähe der Städte Artjomowsk und Soledar zu verstärken. Dabei legen die ihm verfügbaren Aufklärungsberichte auch zu den in Soledar sowie dem Dorf Krasnopoljewka stationierten ukrainischen Territorialverteidigungseinheiten offen, dass die Streitkräfte mit Versorgungsproblemen zu kämpfen haben und mit Waffen und Fahrzeugen

unzureichend ausgestattet sind.

12:56 de.rt.com: **National Grid-Tochter sagt Briten für den Winter Stromversorgungsengpässe wegen des Mangels an russischem Gas voraus**

Im kommenden Winter könnte es in Großbritannien zu Stromausfällen kommen, da die russischen Gaslieferungen nach Europa unsicher sind und sich da auf die Treibstoffpreise auch für die britischen Kraftwerke auswirkt. Dies besagt eine Prognose von National Grid ESO, einer Tochtergesellschaft des britischen Netzbetreibers National Grid, auf die Reuters verweist:

"Obwohl das Vereinigte Königreich nicht so stark von russischem Gas abhängig ist wie das übrige Europa, ist klar, dass eine Unterbrechung der europäischen Gasversorgung indirekte Folgen haben könnte, einschließlich sehr hoher Preise."

14:12 (13:12) novorosinform.org: **Der Kreml unterstützte Puschilin: Die Ukraine wird vollständig befreit**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow stimmte der Erklärung des Oberhauptes der DVR über die Notwendigkeit zu, russische Städte in der Ukraine von neonazistischen Erscheinungen zu befreien.

Peskow merkte an, dass die Ukraine als Ganzes von neonazistischen Tendenzen befreit und Menschen aus russischen Städten, vor allem die Einwohner der LVR und DVR, geschützt werden müssen.

„Der Kreml unterstützt die Haltung, dass es notwendig ist, die Ukraine im Allgemeinen von allen Erscheinungsformen des Neonazismus zu befreien ... Und es ist notwendig, die Maßnahmen zu ergreifen, die derzeit tatsächlich im Zusammenhang mit der speziellen Militäroperation ergriffen werden, um die Menschen in der LVR und DVR zu schützen", sagte er. Peskow auf die Bitte von Journalisten, die entsprechende Aussage von Puschilin zu kommentieren.

Zuvor hatte das Oberhaupt der DVR, Denis Pushilin, auf seinem Telegram-Kanal geschrieben, dass die sowjetischen Truppen Brest vor 78 Jahren, am 28. Juli, vom Nazismus befreit hätten. Jetzt sei die Zeit gekommen, Kiew, Tschernigow, Poltawa, Odessa, Dnepropetrowsk, Charkow, Saporoschje und Luzk zu befreien.



https://novorosinform.org/content/images/98/25/49825_720x405.jpg

13:16 de.rt.com: **Österreichs Bundespräsident Van der Bellen: Sanktionskritiker sind Kollaborateure**

Der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat scharfe Kritik an Menschen geäußert, die sich gegen die aktuelle Sanktionspolitik gegen Russland

positionieren. Den russischen Präsidenten bezeichnete er als einen Diktator, der einen "imperialistisch geprägten Krieg" führe. Oppositionspolitiker sprechen von einer "unglaublichen Entgleisung".

Bei seinem vierten öffentlichen Auftritt in den zurückliegenden Wochen – zur Eröffnung der Salzburger Festspiele – musste sich der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen [erneut](#) vor Betreten des Veranstaltungsortes verbalen und akustischen [Unmutsäußerungen](#) anwesender kritischer Bürger stellen. Die Salzburger Festspiele gelten als das weltweit bedeutendste Festival der klassischen Musik und darstellenden Kunst. Bei seiner diesjährigen [Eröffnungsrede](#) (ab Min. 01:53:52) lag der Fokus seiner Äußerungen weniger auf den Inhalten des Salzburger Festspielprogramms, sondern vielmehr auf seiner persönlichen Einschätzung zu den Ereignissen in der Ukraine sowie den daraus resultierenden aktuellen Sanktionsmaßnahmen gegen Russland. Dabei wählte Van der Bellen sehr direkte und scharfe Worte, die sich mehrheitlich gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin wie auch gegen Kritiker der westlichen Sanktionspolitik richteten. Zu Beginn seiner Rede stellte Van der Bellen fest: "Unsere Demokratie wird angegriffen." Der Bundespräsident wörtlich:

"Wir befinden uns in dieser Lage, weil ein Diktator es nicht ertragen kann, dass Menschen in individueller Freiheit und Unabhängigkeit leben wollen. Weil er uns Europäer belächelt und für verweichlicht hält. Weil er es nicht erträgt, dass wir in einer Gesellschaft leben wollen, in der jeder Mensch gleich viel wert ist."

In einem durchgehend eher aggressiven Tonfall unterstellt Van der Bellen dem russischen Präsidenten Putin, dass dieser "glaube, das Recht des Stärkeren sei das einzig gültige Recht". Die westlichen Demokratien würden jedoch "seine Aggression nicht einfach stillschweigend hinnehmen", da diese "allem widerspricht, woran wir glauben, deswegen will er nicht nur die Ukraine, sondern auch uns in die Knie zwingen".

Putin führe auch "keinen Krieg gegen Sanktionen". Der russische Präsident betreibe laut Einschätzung Van der Bells einen "imperialistisch geprägten Krieg" und "träumt offenbar von der vergangenen Größe Russlands im 18. und 19. Jahrhundert". Diejenigen Politiker und Bürger, die "jetzt insgeheim oder ganz ungeniert mit den Interessen Putins sympathisieren oder tatsächlich oder vermeintlich mit ihm kollaborieren", würden "unseren Zusammenhalt doppelt" gefährden.

Bezüglich der aktuellen Sanktionspolitik der NATO-Staaten gegenüber Russland sei vor dem Ukraine-Krieg laut Van der Bellen nicht bedacht worden, "was die Absicht Putins war, als er halb Europa großzügig mit billigem Gas versorgt hat. Als er in halb Europa lukrative Aufsichtsratsmandate verteilte". Dennoch müsse Europa nun hart bleiben:

"Jetzt die Sanktionen zu beenden, zurückzuweichen, würde bedeuten, das Recht des Stärkeren zu akzeptieren. Und warum sollte der vermeintlich Stärkere dann aufhören, sich auch künftig den Raum zu nehmen, den er will? Wir würden künftig einen noch höheren Preis bezahlen. Davon bin ich überzeugt. Wir würden in diesem Szenario mit unserer Souveränität, mit unserer Sicherheit und vor allem mit unserer Freiheit bezahlen."

Van der Bellen befürchtet, dass "Putin den brutalen Krieg fortführt und uns die Gaslieferungen weiter drosselt und diese möglicherweise sogar einstellt, wenn es ihm gefällt. Er wird keine Sekunde zögern, das zu tun, wenn er es für opportun hält. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Und zwar jetzt". Als möglichen Ausweg aus der Energiekrise nannte Van der Bellen Folgendes:

"Vor diesem Hintergrund kann niemand einen Anspruch auf Egoismus geltend machen. Wir alle gemeinsam sollten jetzt damit beginnen, den Überfluss dort zu reduzieren, wo es möglich ist, damit wir im Winter das Notwendige für alle aufrechterhalten können. Jede und jeder, so gut er oder sie eben kann."

Laut Van der Bellen sei "der Preis unserer Freiheit", dass die Menschen in Österreich bereit sein müssten "zu akzeptieren, dass unser Leben in diesen Zeiten nicht einfach so weitergehen

kann wie bisher", um festzustellen:

"Wir sind in dieser Situation eine Schicksalsgemeinschaft."

Zum Ende seiner [Rede](#) entschärfte der Bundespräsident seinen Tonfall und erklärte, dass "in diesen dunklen Zeiten die Sterne Europas heller leuchten als je zuvor". Davon sei er überzeugt, um zu finalisieren:

"Diese Sterne sind Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung der Minderheitenrechte. Und Solidarität. Diese Sterne werden uns trotz alledem den Weg in eine blühende, gemeinsame, friedliche Zukunft weisen."

Der österreichische Kolumnist und Autor Gerald Grosz bezeichnete Van der Bellen in einer unmittelbaren [Reaktion](#) auf die Rede als "Verzichtspaulus und Heuchlersaulus":

Die [Reaktionen](#) der österreichischen Oppositionspolitik auf die Rede fielen eher kritisch aus. Der EU-Parlamentarier Harald Vilimsky (FPÖ) kommentierte: "Große Teile der Bevölkerung, die den Sanktionen kritisch gegenüberstehen, sind also für Bundespräsident Van der Bellen 'Kollaborateure' eines Kriegsverbrechers? Was für eine unglaubliche Entgleisung." Der FPÖ-Politiker Herbert Kickl [bemerkte](#): "Ein Bundespräsident, der die Gesellschaft spaltet und keine andere Meinung zulässt, gehört abgewählt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e2398348fbef7b543204fb.jpg>

Der österreichische Bundespräsident Van der Bellen und seine Ehefrau als Gast bei den Salzburger Festspielen, Österreich, 26. Juli 2022

13:27 de.rt.com: **Selenskij's Büro erlaubt Auslieferung von Kolomoiskij an die USA**

Sergei Leschtschenko, Berater des Büroleiters von Wladimir Selenskij, hat nicht ausgeschlossen, den Oligarchen Igor Kolomoiskij an die USA auszuliefern, wo Sanktionen gegen den Milliardär verhängt wurden und ein Ermittlungsverfahren läuft. Er sagte: "Meiner Meinung nach ist es besser, ihn an Amerika auszuliefern, damit es schnell eine gerichtliche Untersuchung durchführt und ihn zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, wenn es das für richtig hält. Und das beschlagnahmte Geld wird dem ukrainischen Volk als denjenigen gegeben, die darunter gelitten haben."

Ukrainische Medien hatten zuvor berichtet, dass Selenskij möglicherweise Dekrete unterzeichnet hätte, mit denen einer Reihe von Personen die Staatsbürgerschaft entzogen werden soll, insbesondere Kolomoiskij, dem Chef der Dnepr-Verteidigung, Gennadi Korban, und dem Ko-Vorsitzenden der Oppositionspartei Plattform – Für das Leben, Wadim Rabinowitsch. Auf der Webseite von Selenskij's Büro gibt es kein solches Dokument.

Die USA haben wegen Korruptionsvorwürfen Sanktionen gegen Kolomoiskij und dessen Familie verhängt. Washington hält die Aktivitäten des Oligarchen in Bezug auf die von ihm gegründete Privatbank für korrupt. Das US-Justizministerium erklärte, der Unternehmer habe unter dem Vorwand von Krediten an angeschlossene Organisationen große Summen von der Bank abgehoben. Die ukrainische Regierung verstaatlichte die Privatbank im Jahr 2016. Der Milliardär versuchte, diese Entscheidung im Jahr 2019 vor Gericht zu kippen, doch die Werchowna Rada verabschiedete ein Sondergesetz, das ihn daran hindert, die Bank an sich

selbst zurückzugeben.

Überdies hat das US-Justizministerium ein US-Gericht ersucht, drei Gebäude in den USA zu beschlagnahmen, die dem Oligarchen gehören und einen Wert von rund 60 Millionen US-Dollar haben. Die Behörde beschuldigt ihn, dass diese Investitionen von Kolomoiskijs Mitarbeitern mit dem von der Privatbank gestohlenen Geld getätigt wurden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e266e148fbef799400b9ce.jpg>

Igor Kolomoiskij

13:51 de.rt.com: **USA bereiten militärischen Notfallplan für Nancy Pelosis geplanten Taiwan-Besuch vor**

Washington könnte zusätzliche Streitkräfte in die Region des Südchinesischen und Ostchinesischen Meeres verlegen, um die Sprecherin des Repräsentantenhauses Pelosi zu schützen, sollte sie im August auf die Insel reisen. China hatte zuvor mit einer scharfen Reaktion auf den geplanten Besuch gedroht.

Zum Schutz der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, könnte das Pentagon zusätzliche Schiffe, Flugzeuge und Überwachungssysteme in die Region entsenden, sollte Pelosi an ihrem Plan festhalten, Taiwan zu besuchen. Dies berichtete die Nachrichtenagentur AP am Mittwoch unter Berufung auf namentlich nicht genannte US-Beamte.

Ein Notfallplan, der derzeit vom US-Militär entwickelt wird, sieht vor, "überlappende Schutzzonen" während des Fluges von Pelosi auf die Insel und für die Dauer ihres Aufenthalts einzurichten, um auf mögliche Vorfälle im Zusammenhang mit China vorbereitet zu sein, schrieb die Nachrichtenagentur weiter.

Peking, das die selbstverwaltete Insel als abtrünnige Provinz und somit als Teil seines Territoriums betrachtet, hatte wiederholt davor gewarnt, dass der Besuch von Pelosi in Taiwan eine ernsthafte Reaktion auslösen und zu "untragbaren Folgen" für die Beziehungen zwischen China und den USA führen könnte. "Wenn die USA darauf bestehen, ihren eigenen Weg zu gehen und Chinas rote Linien auszutesten, dann werden sie sicherlich mit energischen Reaktionen konfrontiert werden", sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, am Mittwoch vor Journalisten.

General Mark Milley, der ranghöchste General der USA, stellte [kürzlich](#) fest, dass das Abfangen von US-amerikanischen und alliierten Flugzeugen und Schiffen durch die chinesischen Streitkräfte in den letzten fünf Jahren erheblich zugenommen habe. Er warnte auch vor einer steigenden Zahl "unsicherer" Interaktionen.

Die US-Beamten, die mit AP sprachen, bezweifelten, dass China direkt gegen Pelosi selbst vorgehen werde. Einige Analysten befürchteten jedoch, dass eine chinesische Machtdemonstration "schiefgehen" und zu einem gefährlichen Unfall, zum Beispiel einem Flugzeugabsturz, führen könnte. Zuvor deuteten mehrere Medienberichte an, dass Peking

sogar so weit gehen könnte, eine Flugverbotszone über Taiwan zu erklären, oder Kampfflugzeuge in die Lüfte steigen lässt, um das Flugzeug der Sprecherin des Repräsentantenhauses zu "eskortieren".

Die Beamten sagten zudem, dass die USA während des Besuchs Möglichkeiten zur Rettung und Evakuierung vor Ort haben müssten, und fügten hinzu, dass zu diesem Zweck Hubschrauber und Schiffe in das Gebiet geschickt werden könnten. Sie sagten auch, dass die Gefahr eines Abfangmanövers oder eine andere Machtdemonstration durch das chinesische Militär es notwendig mache, dass amerikanische Flugzeuge während des Anfluges von Pelosi in der Region anwesend sind.

General Milley äußerte sich nicht dazu, welche genauen Maßnahmen ergriffen werden könnten, um die Sicherheit von Pelosi zu gewährleisten. Er sagte jedoch, das Pentagon werde "alles Notwendige veranlassen, um eine sichere Durchführung ihres Besuchs zu gewährleisten", falls Pelosi am Ende tatsächlich nach Taiwan reisen werde.

Laut AP operieren bereits genügend Streitkräfte der USA in der Pazifikregion, die das Pentagon für einen zusätzlichen Schutz einsetzen könnte. Unter diesen Kräften nannte die Nachrichtenagentur ausdrücklich den US-Flugzeugträger USS Ronald Reagan und seine Begleitgruppe von Kriegsschiffen, die am Wochenende in Singapur eingelaufen sind. Die Trägergruppe umfasst den Flugzeugträger selbst, zwei weitere Schiffe der Navy und das Träger-Luftgeschwader 5, bestehend aus einer Anzahl von F/A-18-Kampfflugzeugen, Hubschraubern und Flugzeugen zur Luftraumüberwachung und elektronischer Kriegsführung. Auch der Zerstörer USS Benfold, der letzte Woche die Straße von Taiwan passierte, wurde genannt.

Pelosi, die ursprünglich geplant hatte, im April nach Taiwan zu reisen, ihre Reise jedoch verschieben musste, nachdem sie positiv auf COVID-19 getestet worden war, hat noch keinen neuen Termin für den angekündigten Besuch bestätigt. Wenn sie ihr Vorhaben durchzieht, wird sie die ranghöchste US-Politikerin, die der Insel seit 25 Jahren einen Besuch abstattet. Newt Gingrich, der zu seiner Zeit ebenfalls Sprecher des Repräsentantenhauses war, besuchte Taiwan 1997.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e2783d48fbef2dcf049712.jpg>

Unterwegs im Pazifik: Der US-Flugzeugträger Ronald Reagan im Juni 2022

13:59 de.rt.com: **US-Senat fordert Aufnahme Russlands in die Liste der Länder, die den Terrorismus unterstützen**

Der US-Senat hat am Mittwoch eine Resolution verabschiedet, in der das Außenministerium aufgefordert wird, Russland wegen der Ereignisse in Tschetschenien, Georgien, Syrien und der Ukraine als staatlichen Sponsor des Terrorismus anzuerkennen. Auf der Webseite des US-Kongresses ist zu lesen:

"Im Senat angenommen/bestätigt: Die EntschlieÙung wurde im Senat mit einem Änderungsantrag und einer geänderten Präambel durch Stimmabgabe angenommen." Konkret wird die russische Regierung beschuldigt, während der zweiten Militäraktion in

Tschetschenien eine Kampagne des Terrors und der Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung geführt zu haben. Sie soll Streiks in Syrien realisiert haben, seit dem Jahr 2014 "Separatisten" im Donbass unterstützen und so weiter.

Laut der Webseite des Kongresses wurde die Resolution am 9. Mai eingebracht. In dem Dokument heißt es, dass der US-Senat "die Handlungen der russischen Regierung unter der Leitung des russischen Präsidenten Wladimir Putin als Förderung terroristischer Handlungen betrachtet". Deshalb wird der US-Außenminister aufgefordert, Russland in die Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus aufzunehmen.

In der Vorlage heißt es zudem, dass "nichts in der Resolution so ausgelegt werden darf, dass es die Anwendung militärischer Gewalt oder die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zur Teilnahme an Feindseligkeiten ermächtigt". Die Zeitung The New York Times stellt fest, dass die Vereinbarung "nicht bindend" ist.

Am Mittwoch erklärte US-Außenminister Anthony Blinken, die USA prüften Russlands Vorgehen in der Ukraine anhand der Kriterien eines "staatlichen Sponsors des Terrorismus", seien aber der Ansicht, dass das Land bereits die vollen Kosten der Operation trage. Blinken räumte ein, dass die Gewährung eines solchen Status für Russland in der Praxis wenig ändern würde.

Der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow hatte zuvor erklärt, der Kreml sieht die Folgen für die Beziehungen zu Washington sehr negativ, wenn der US-Kongress Russland als "Sponsor des Terrorismus" anerkenne. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärte, Moskau betrachte Erklärungen aus Washington, wonach Russland als Sponsor des Terrorismus anerkannt wird, als "Propaganda". Russland werde solche Maßnahmen nicht unbeantwortet lassen.

14:23 de.rt.com: **"Für Russland günstige Narrative": Emmanuel Macron besorgt über Russlands Einfluss in Afrika**

Infolge der Spannungen zwischen dem Westen und Russland wird Afrika zu einem begehrten Partner. Diese Woche ist der Kontinent ein wichtiges Reiseziel für gleich zwei ranghohe Amtsträger: Russlands Außenminister Sergei Lawrow und Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron.

Nur wenige Tage nach dem russischen Außenminister Sergei Lawrow ist auch der französische Präsident Emmanuel Macron zu einer Afrika-Tour aufgebrochen. Am Dienstag traf der Politiker in Kamerun ein. Nach den Verhandlungen mit seinem Amtskollegen Paul Biya [zeigte](#) sich Macron auf einer Pressekonferenz in Yaoundé besorgt über immer reger werdende Kontakte zwischen afrikanischen Ländern und russischen Diplomaten und Armeeangehörigen.

"Das ist eine neue Form. Ich würde sie nicht einmal als Kooperation bezeichnen. Es geht eher darum, geschwächten politischen Führungen oder absolut illegitimen militärischen Juntzen zu gefallen. Dies erregt im Wesentlichen Besorgnis um den afrikanischen Kontinent."

Macron zufolge gebe es "zwei Typen der russischen Präsenz" in Afrika. Einerseits baue die russische Diplomatie seit Jahrzehnten Kontakte zu afrikanischen Ländern auf. Russland sei eine "politische und militärische Großmacht", die historisch bedingt wirtschaftliche und mitunter militärische Beziehungen zu vielen Staaten in Afrika aufrechterhalte. Gleichzeitig zeigte sich der französische Präsident über die "hybride Präsenz" Russlands auf dem Kontinent besorgt und verurteilte die angebliche Verbreitung von Falschinformationen und "für Russland günstigen Narrativen". Dabei bezog sich der Politiker auf die Eröffnung von neuen Büros der russischen Auslandsmedien Sputnik und RT in Afrika. Macron weigerte sich, ihre Mitarbeiter als Journalisten zu bezeichnen.

Außerdem warf der französische Präsident Moskau vor, seine diplomatischen Kontakte mit der Intervention von privaten Militärunternehmen zu ergänzen. Frankreich werde deswegen alles Mögliche tun, damit die afrikanischen Regierungen diplomatische Kontakte zu Paris

aufrechterhielten und die Interessen ihrer Völker verteidigten. Nach wie vor setze sich Frankreich für die Sicherheit des Kontinents ein und leiste auf Bitte seiner afrikanischen Partner Unterstützung.

Ferner kritisierte Macron die "Dummheiten", die sich seiner Ansicht nach infolge des Ukraine-Kriegs in Afrika verbreitet hatten.

"Wir werden von gewissen Menschen attackiert, die behaupten, dass die europäischen Sanktionen die Ursache der globalen Lebensmittelkrise, darunter in Afrika, seien."

Darüber hinaus warf er bestimmten afrikanischen Kreisen Heuchelei vor, indem sie sich weigerten, die Situation in der Ukraine direkt einen Krieg zu nennen.

Macrons Afrika-Reise nach Kamerun, Benin und Guinea-Bissau erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem Frankreich seinen Einfluss als frühere Kolonialmacht in Westafrika schrumpfen sieht – vor allem wegen der handelswirtschaftlichen Aktivitäten Chinas, Indiens und Deutschlands.

Eines der Ziele dieser Reise sei es, das Engagement des Präsidenten für den Neustart des Verhältnisses mit dem afrikanischen Kontinent zu demonstrieren, [zitiert](#) die Nachrichtenagentur AFP einen namentlich nicht genannten Vertreter des Élysée-Palasts. Die Reise fällt praktisch zeitlich mit Lawrows Besuch in Ägypten, Äthiopien, Uganda und der Demokratischen Republik Kongo zusammen.

Der Beniner Politologe Joël Atayi-Gbèdègbé [ist](#) der Meinung, dass Macron mit seiner Afrika-Tour neben allen handelswirtschaftlichen Aspekten auch versuche, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen und sein Ansehen bei den afrikanischen Regierungen wiederherzustellen. Yves Tsala, Wirtschaftswissenschaftler von der Universität Yaoundé, [erklärte](#), dass der französische Staatschef vorhabe, von den afrikanischen Staaten mehr Unterstützung in der UNO zu bekommen, nachdem sich acht afrikanische Länder, darunter Kamerun, bei einer Dringlichkeitssitzung der UNO Anfang dieses Jahres geweigert haben, für eine Resolution zur Verurteilung der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine zu stimmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e26d83b480cc76987a6f8e.jpg>
Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gibt am 26. Juli 2022 eine Pressekonferenz in der französischen Botschaft in Yaoundé

14:38 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainisches Bataillon verliert Kampfkraft im Gebiet Cherson, über 130 Soldaten vernichtet**

Nach Angaben des Sprechers des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat ein Bataillon der 60. Infanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Siedlung Topolinoje im Gebiet Cherson durch Präzisionsschläge der russischen Luftwaffe auf die Kampfstellungen der ukrainischen Truppen seine Kampfkraft vollständig verloren. Er fügte hinzu, dass allein in den letzten 24 Stunden über 130 Angehörige dieser Einheit vernichtet wurden.

Außerdem wurden bei einem Angriff der russischen Luftwaffe auf den vorübergehenden Stationierungsort des ukrainischen Bataillons der 72. mechanisierten Brigade in der Nähe der

Stadt Artjomowsk bis zu 70 Personen und mehr als fünf gepanzerte Fahrzeuge zerstört. Die Reste des 15. Bataillons der 58. motorisierten Infanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte gerieten ihrerseits unter schweren Beschuss und wurden von Kämpfern der 118. Brigade des ukrainischen Verteidigungsministeriums abgeschossen.

Konaschenkow fasste zusammen, dass im Laufe des Tages Folgendes getroffen wurde: neun Kontrollpunkte sowie Personal und militärische Ausrüstung in 173 Bezirke, sechs Munitionsdepots, zwei Uragan-Salvenbatterien, eine Grad und eine Artilleriebatterie von Msta-B-Haubitzen. Er fügte hinzu, dass ein russischer Su-35S-Kampffjet auch eine ukrainische S-300-Abschussrampe zerstört habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e27b7748fbef7ca06a0879.jpg>

14:58 de.rt.com: **Ukrainische Vize-Ministerpräsidentin ruft Bürger des Gebiets Donezk zur "Evakuierung" in Regionen unter Kiew Kontrolle auf**

Die ukrainischen Behörden haben ein Evakuierungszentrum eingerichtet und fordern die Bewohner des Gebiets Donezk auf, sich in den Westen des Landes zu begeben. Dies gab die stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für die sogenannte "Reintegration der nicht kontrollierten Gebiete der Ukraine", Irina Wereschtschuk, am Donnerstag auf ihrem Telegram-Kanal bekannt:

"Wir bereiten die Bewohner des Gebiets Donezk auf die Evakuierung vor! Es wurde ein Hauptquartier eingerichtet, wir bringen Kräfte und Mittel in Bereitschaft. Die Gebiete in der Mitte und im Westen des Landes bereiten sich darauf vor, unsere Leute aus dem Osten aufzunehmen."

Das letzte Mal, als Wereschtschuk von der Vorbereitung von humanitären Korridoren sprach, war im April – dabei ging es um die Evakuierung von Menschen aus der damals umkämpften Stadt Mariupol. Die in der belagerten Stadt eingesperrten ukrainischen Truppen – davon viele Rechtsextreme, vor allem von der Terrormiliz Asow – gingen indes [mit Waffengewalt](#) gegen Zivilisten vor, die sich für die Evakuierung in von Russland oder den Volksrepubliken Donezk und Lugansk kontrollierte Gebiete entschieden.

Mitte Juli hat der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow erklärt, dass die Streitkräfte des Landes eine "Gegenoffensive" vorbereiten würden. Die jüngste Erklärung der Vize-Premierministerin Wereschtschuk könnte daher als Hinweis auf ein mögliches Ziel dieser Gegenoffensive gelesen werden.

15:05 de.rt.com: **Laut dem Bürgermeister von Donezk verstreut die Ukraine in der Stadt verbotene Landminen**

Der Bürgermeister der Stadt Donezk warnte auf seinem Telegram-Kanal die Einwohner seiner Stadt vor herumliegenden Streuminen und forderte sie zu erhöhter Aufmerksamkeit für die international verbotenen Sprengkörper auf.

Ukrainische Streitkräfte haben am Mittwochabend verbotene Antipersonen-Streumunition vom Typ PFM-1 über der Hauptstadt der Volksrepublik Donezk abgeworfen, [schrieb](#) Bürgermeister Aleksei Kulemsin. Auf mehreren Straßen im Nordwesten der Stadt seien Minen gefunden worden, schrieb der Bürgermeister auf seinem Telegram-Kanal. "Ein Kommando für die Räumung von Sprengmittel und weitere Kräfte sind seit dem frühen Morgen im Einsatz. Ein mit einem Lautsprecher ausgestattetes Fahrzeug fährt herum und warnt die Anwohner", schrieb Kulemsin weiter und forderte alle Bürger auf, besonders aufmerksam zu sein und sich den Minen nicht zu nähern.

Die kleinen schmetterlingsförmigen Landminen sind gemäß der Ottawa-Konvention von 1997, die auch von der Ukraine angenommen und ratifiziert wurde, verboten. Selbst wenn eine Mine das Opfer nicht tötet, reißt sie der Person, die auf sie tritt, in der Regel zumindest den Fuß ab. Kinder hingegen, insbesondere Kleinkinder, riskieren auf Grund ihrer geringen Körperhöhe den sicheren Tod. Da ihr gesamtes Gehäuse einen einzigen Druckknopf darstellt und der Auslösemechanismus ein sogenannter "kumulativer" ist, also auf ihn wirkenden Druck "sammelt", ist die Mine nahezu nicht entschärfbar. Die grüne Farbe und geringe Größe lassen die Mine inmitten von Vegetation wie ein Blatt einer Pflanze aussehen, was sie noch gefährlicher macht – der nachfolgende Post in einem Telegram-Nachrichtenkanal zeigt die Mine neben einem Baumzweig auf dem Boden in Donezk, Stadtteil Kiewski, nach Abwurf durch ukrainische Raketenartillerie:

Zuvor berichteten die Behörden der Volksrepublik Lugansk, dass man PFM-1-Minen an Orten gefunden habe, aus denen sich die ukrainischen Truppen zurückgezogen haben.

Sowohl Russland als auch die Ukraine beschuldigen sich gegenseitig, international verbotene Munition einzusetzen und damit Wohngebiete und andere zivile Ziele beschossen zu haben. Im Februar 2022 erkannte der Kreml die Donbass-Republiken als unabhängige Staaten an und forderte die Ukraine auf, sich offiziell zu einem neutralen Land zu erklären, das sich niemals einem westlichen Militärblock anschließen werde. Kurz darauf, am 24. Februar, startete Russland seine militärische Sonderoperation und liess russische und alliierte Truppen der Volksrepubliken in die Ukraine einmarschieren. Unter anderem sind die strategischen Ziele der Operation die Demilitarisierung und die Denazifizierung der Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e276dbb480cc6ef3713d51.png>
Laut dem Bürgermeister von Donezk verstreut die Ukraine in der Stadt verbotene Landminen (Sowjetische Personendruckmine PFM-1 zum flächendeckenden Abwurf aus der Luft - oder Fernverminung mithilfe von Raketenartillerie. Die Ukraine nutzt meist die alte Version ohne zeitliche Selbstzerstörung.)

15:36 de.rt.com: **Österreichischer Bundeskanzler: Sanktionen gegen Russland wirken nicht so schnell wie erhofft**

Die Situation in der Ukraine zeigt, dass die Sanktionen gegen Russland nicht so schnell greifen, wie es sich die EU erhofft hatte, sondern Zeit brauchen. Dies sagte der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer am Donnerstag. Auf der Pressekonferenz in Wien im

Anschluss an ein Gespräch mit dem ungarischen Premierminister sagte er:
"Die Sanktionen wirken nicht so schnell wie vielleicht erhofft. Aber das hängt davon ab, dass die russische Armee und die Russische Föderation selbst aufgrund ihrer Größe so widerstandsfähig sind, dass sie noch Bestand haben werden."
Zudem brachte er seine Überzeugung zum Ausdruck, dass "intelligente" Sanktionen gegen Russland, die auch Maßnahmen gegen die Wirtschaft des Landes umfassen, greifen würden.
Der Bundeskanzler stellte fest:
"Es braucht aber Zeit."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e2848348fbef7b5432056f.jpg>

Karl Nehammer

16:38 (15:38) novorosinform.org: **"Verkauf des Landes": Die Rada hat für das Privatisierungsgesetz gestimmt**

Die Werchowna Rada der Ukraine verabschiedete das Gesetz Nr. 7451 über die Privatisierung. Das sagte der Ex-Sprecher des Parlaments, der Abgeordnete Dmitri Rasumkow.

„Akzeptiert mit Änderungen, die eine Privatisierung im großen Maßstab tatsächlich erlauben. Die erste Version schlug ein Verbot der Privatisierung im großen Maßstab vor, also den Verkauf großer Industrieunternehmen, in der zweiten wurde es erlaubt“, sagte er. Laut Rasumkow sei es dank dieses Gesetzes nun möglich, Unternehmen mit 50 Prozent Rabatt zu verkaufen. Es bestehe auch die Möglichkeit, Daten darüber zu verbergen, wer an der Auktion teilgenommen hat.

„Vor dem Hintergrund des Kursverfalls ist das eigentlich ein Verkauf des Landes“, resümierte der ehemalige Rada-Sprecher.



https://novorosinform.org/content/images/98/47/49847_720x405.jpg

15:57 de.rt.com: **Selenskij suggeriert US-Amerikanern: Inflation und Corona nichts im Vergleich zum Krieg in Ukraine**

Wladimir Selenskij hat zum Ausdruck gebracht, dass die USA die Ukraine bis zum Sieg unterstützen sollen. Dabei versuchte er, die US-Amerikaner davon zu überzeugen, dass die Inflation und das Coronavirus im Vergleich zum Krieg in der Ukraine absolut unwichtig seien. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat in einem Interview mit dem britischen Moderator und Journalisten Piers Morgan verkündet, dass die Inflation und die COVID-19-Pandemie "nichts" im Vergleich zum Krieg in der Ukraine seien. Daher sollten die US-Amerikaner Kiew unterstützen, "bis wir gewinnen", sagte der Staatschef weiter. In dem Interview erinnerte Selenskij die US-Bürger daran, dass beide Länder "für absolut gemeinsame Werte kämpfen":

"Der Krieg in der Ukraine ist immer noch ein Krieg gegen die Werte, die in den Vereinigten Staaten und in Europa vertreten werden. Wir geben unser Leben für eure Werte und die gemeinsame Sicherheit der Welt."

Aktuell haben die USA mit einer Inflationsrate auf dem höchsten Stand seit 40 Jahren und Gaspreisen auf Rekordniveau zu kämpfen. Daher werden diese wirtschaftlichen Sorgen in mehreren Umfragen von den US-Amerikanern als dringlicher eingestuft als der Konflikt in der Ukraine.

Zudem macht die Mehrheit der US-Bürger die Politik von US-Präsident Joe Biden für die Misere verantwortlich und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ungeachtet der Bemühungen Washingtons die steigenden Lebenshaltungskosten nicht zum Vorwurf. Kiew erklärt, dass es in diesem Jahr bis zu 65 Milliarden US-Dollar an ausländischer Hilfe benötige, nur um sich über Wasser halten zu können, während Selenskij vom Westen immer mehr Waffenlieferungen fordert. Anfang dieses Monats berichtete der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow, die Ukraine benötige mindestens 100 HIMARS-Raketenartilleriesysteme – circa ein Drittel des gesamten US-Bestands –, um eine "wirksame Gegenoffensive" gegen die russischen Streitkräfte durchzuführen.

In diesem Zusammenhang unterstrich Selenskij gegenüber Morgan, er erwarte unbegrenzte Unterstützung und dass Militärhilfe kommen solle, "bis der Krieg vorbei ist und wir ihn gewonnen haben". Selenskij wörtlich:

"Deshalb ist die Inflation nichts. Corona ist nichts. Diese Dinge sind zweitrangig. Das Wichtigste ist, zu überleben und Leben, Familie und Land zu schützen. Deshalb machen wir diese Arbeit im Moment, aber der Westen soll uns dabei helfen."

Obwohl die Mehrheit der republikanischen Abgeordneten im Mai gemeinsam mit den Demokraten für die Bereitstellung von 43 Milliarden US-Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe für die Ukraine stimmte, gibt es Anzeichen dafür, dass die Konservativen es satt haben, Selenskij's Ziele zu finanzieren. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump warf Biden vor, die USA in den Dritten Weltkrieg zu führen. Der konservative Journalist Tucker Carlson verurteilt die US-Regierung für die Unterstützung eines "korrupten und tyrannischen US-Klientenstaats".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e275d848fbef799400b9ec.jpg>

17:01 (16:01) novorosinform.org: **Russland hilft bei der Wiederherstellung des Gesundheitssystems der LVR**

Die Regionen Russlands stellen gemeinsam das Gesundheitssystem der LVR wieder her, sagte Anna Todorowa, stellvertretende Regierungschefin der Republik.

Sie stellte fest, dass Russland umfangreiche Hilfe leiste, die es ermögliche, viele Probleme zu lösen. Insbesondere würden im LVR bereits 16 Stationen von Krankenhäusern in Städten und Gemeinden renoviert.

„Wir werden Röntgengeräte in sechs Krankenhäusern installieren. Medizinische Einrichtungen erhalten Diagnose-, Labor- und Ausrüstung für minimalinvasive chirurgische Eingriffe. Wir werden 10 Krankenwagen kaufen“, sagte Todorowa dem Telegram-Kanal „Donbass reschajet“.

Zuvor berichtete "Luganskinfomzentr", dass das Gebiet Brjansk kommunale Ausrüstung, Baumaterialien und Medikamente in die Stadt Brjanka in der LVR geliefert habe.



https://novorosinform.org/content/images/98/52/49852_720x405.jpg

16:07 de.rt.com: **Russlands Bildungsminister: Schulbücher für DVR und LVR enthalten keine Aggression gegen Ukraine**

Der russische Bildungsminister Sergei Krawzow hat erklärt, dass die neuen Schulbücher für alle Fächer, die ab dem 1. September an den Schulen der Donezker und Lugansker Volksrepubliken eingeführt werden sollen, "keine Aggression" gegen die Ukraine oder die westlichen Länder enthalten würden. Nach Angaben von RIA Nowosti sagte er: "Gegenwärtig ist die Frage mit den Lehrbüchern geklärt. Zum 1. September erhalten alle Schulen [der DVR und LVR] neue Lehrbücher für alle Fächer. Wenn Sie sich diese anschauen, findet sich darin keine Aggression gegen die Ukraine, die europäischen Länder, die Vereinigten Staaten von Amerika. Hingegen finden sich darin konkrete historische Fakten, damit die Schüler selbst ihre Schlüsse ziehen können."

Krawzow gab ebenfalls bekannt, dass die Schüler der Donbass-Republiken optional auch die ukrainische Sprache erlernen könnten, ein entsprechender Lehrplan sei kurz vor der Fertigstellung.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62e2948bb480cc7a2c6a8892.jpg>
g

Russlands Bildungsminister Sergei Krawzow, Aufnahme vom 30. März

16:35 de.rt.com: **Gebiet Charkow: Annahme von Anträgen auf russische Staatsbürgerschaft begonnen**

In den von Russland kontrollierten Teilen des Gebiets Charkow hat die Annahme von Unterlagen für den Erhalt einer russischen Staatsangehörigkeit begonnen. Dies meldete das Oberhaupt der regionalen Verwaltung, Witali Gantschew, der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Er erklärte, dass bereits eine Datenbank angelegt worden sei und dass die Ausgabe der Pässe direkt im Gebiet Charkow stattfinden werde.

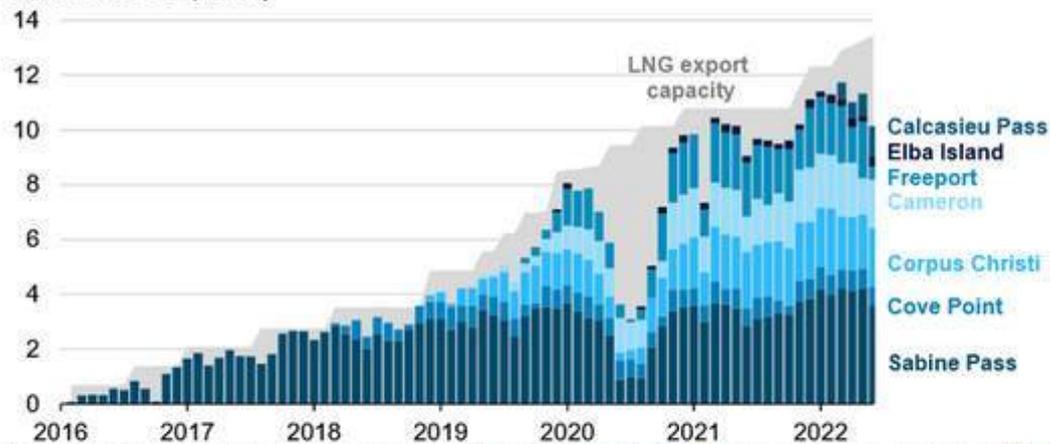
Die russische Staatsbürgerschaft ist bereits in den Gebieten Cherson und Saporoschje erhältlich, wo entsprechende Ausgabestellen eingerichtet wurden.

16:45 de.rt.com: **USA werden zum LNG-Exporteur des Jahres**

Europas erklärtes Ziel, immer mehr Gasmengen außerhalb Russlands einzukaufen, lässt die USA zum größten LNG-Exporteur werden. Die Ausfuhren des verflüssigten Erdgases aus den Vereinigten Staaten schossen in der ersten Jahreshälfte in die Höhe.

Das LNG-Geschäft in den USA brummt wie nie zuvor. Die Vereinigten Staaten wurden in der ersten Hälfte des Jahres 2022 zum weltweit größten Exporteur von verflüssigtem Erdgas. Dies geht aus den [Daten der staatlichen Energy Information Administration](#) (EIA) hervor, einer statistischen US-Behörde, die sich mit Erfassung, Analyse und Verbreitung von Informationen aus dem gesamten Spektrum der Energiequellen befasst.

Monthly U.S. liquefied natural gas (LNG) exports (Jan 2016–Jun 2022)
billion cubic feet per day



Data source: U.S. Energy Information Administration, *Liquefaction Capacity Table*, and U.S. Department of Energy *LNG reports*

<https://pbs.twimg.com/media/FYhMUaJWQAIsm7-?format=png&name=small>

Demnach seien die US-Ausfuhren laut EIA in den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2021 um 12 Prozent gestiegen. Dadurch konnten die Vereinigten Staaten Australien und Katar, die beiden anderen führenden LNG-Exporteure, überholen. Die Statistikbehörde beruft sich dabei auf Daten von Cedigaz, dem Internationalen Verband für Naturgas.

Als Gründe für den Anstieg nannte die EIA steigende Erdgas- und LNG-Preise sowie die weltweit steigende Nachfrage – insbesondere in Europa. Seit Ende letzten Jahres hätten die europäischen Länder ihre LNG-Importe erhöht, um die geringeren Pipeline-Lieferungen aus Russland zu kompensieren und die Erdgas-Lagerbestände aufzufüllen, die sich auf einem historischen Tiefstand befänden, erklärte die Behörde weiter.

Die EU und das Vereinigte Königreich steigerten demnach ihre LNG-Importe in der ersten Hälfte dieses Jahres um 63 Prozent. Etwas mehr als 70 Prozent des in den USA produzierten verflüssigten Erdgases gingen in die EU und nach Großbritannien, so die Behörde.

Das russische Energieministerium erklärte im Mai, dass das US-amerikanische LNG mindestens 30-40 Prozent teurer ist als russisches Pipelinegas.

In Deutschland gibt es derzeit kein einziges LNG-Terminal. Der Import läuft über die Terminals in Belgien oder den Niederlanden. Die Ampelkoalition hatte deshalb jüngst ein Gesetz beschlossen, um die Verfahren für den Bau der LNG-Infrastruktur zu beschleunigen. Das Gas, das unter Druck tiefgekühlt, flüssig per Schiff transportiert, angelandet, erwärmt, regasifiziert und dann in die Netze gepumpt wird, soll Europa dabei helfen, Gaslieferungen aus Russland zu ersetzen. Mit dem beschleunigten Bau von LNG-Terminals in Deutschland wolle man laut Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) imstande sein, "russisches Gas so schnell es geht ersetzen zu können".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e28cf648fbef7ca06a089a.jpg>

Der LNG-Tanker "Arctic Voyager", ein Tankschiff für den Transport von verflüssigtem Erdgas, wird in den Hafen von Rotterdam in den Niederlanden geschleppt.

16:57 de.rt.com: **Werchowna Rada verabschiedet Gesetzentwurf über besondere Garantien für Polen**

Das ukrainische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das die Rechte polnischer Staatsbürger mit denen der Ukrainer gleichstellt. Dies berichtete der Rada-Abgeordnete Jaroslaw Schelesnjak. Auf seinem Telegram-Kanal schrieb er:

"Die Rada hat den Gesetzesentwurf über besondere Garantien für polnische Staatsbürger in seiner Gesamtheit unterstützt. Dafür – 283."

Nach der Verabschiedung des Gesetzes können sich Polen eineinhalb Jahre lang ohne Sondergenehmigung legal in der Ukraine aufhalten und während dieser Zeit alle Rechte und Freiheiten eines Bürgers genießen. Insbesondere können sie ohne besondere Genehmigung arbeiten, steuerlich ansässig werden, eine Ausbildung absolvieren, eine medizinische Behandlung erhalten und Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

Die Tatsache, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij einen Gesetzentwurf über einen Sonderstatus für polnische Staatsbürger eingebracht hat, war zuvor von dem polnischen Staatschef Andrzej Duda angekündigt worden. Wie die Rada-Abgeordnete Olga Sowgirja Mitte Juli erklärte, werden Polen mit einer europäischen Qualifikation als Arzt, Krankenschwester oder Hebamme in staatlichen ukrainischen Kliniken arbeiten können und darüber hinaus umfassende soziale Garantien erhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e2968848fbef7c1b46052e.jpg>

Die Werchowna Rada

16:59 de.rt.com: **"Welt"-Reporter: Fakt ist, Ukraine positioniert ihre Geschütze auch inmitten von Wohngebieten**

Der Journalist Steffen Schwarzkopf berichtet für die "Welt" live aus dem Donbass über die Kriegsschäden und die militärische Lage. Dabei weist er insbesondere darauf hin, dass das ukrainische Militär seine Abwehrsysteme absichtlich in Wohngebieten positioniert.

Am Mittwoch berichtete der Journalist Steffen Schwarzkopf in einem [Video-Interview](#) für die Welt live über die militärische Lage aus der Stadt Kramatorsk im Donbass. Dabei konnte der Zuschauer nun auch aus einem Mainstream-Medium erfahren, dass das ukrainische Militär seine Kriegsgeschütze mitten in Wohngebieten sowie in der Nähe von Schulen und Krankenhäusern aufstellt.

Zunächst beschreibt der Welt-Journalist die Kriegsschäden in der Stadt Kramatorsk, wo es zerstörte Wohngebäude und Schulen gäbe. Doch er macht für die Schäden an den zivilen Einrichtungen nicht nur das russische Militär verantwortlich, sondern verweist mit dem Hinweis "auch das muss einmal klar formuliert werden" auch auf die ukrainische Militärtaktik:

"Es ist Fakt, auch das gehört zur Wahrheit dieses Krieges dazu, dass die Ukraine – und das haben wir jetzt schon wiederholt sehen und hören können – ihre Geschütze, ob es Haubitzen sind, ob es Mörser, ob es Granatwerfer sind, dass sie diese auch in Wohngebieten positionieren. Und das oftmals auch in der Nähe von zivilen Einrichtungen, Krankenhäusern etc."

Bislang wurden Berichte über ukrainische Abwehrsysteme in Wohngebieten und in der Nähe ziviler Einrichtungen vom Mainstream als russische Propaganda diffamiert, genauso wie [Berichte](#) über die Nutzung von Zivilisten als "**Schutzschilde**" für das ukrainische Militär. Nun scheinen auch die sogenannten Leitmedien diese ukrainische Militärtaktik, bei der das Leben vieler Zivilisten, darunter explizit das von Schulkindern und Kranken, aufs Spiel gesetzt wird, nicht mehr ignorieren zu können.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e2771048fbef7cd578b1b4.png>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 28. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Belossarajskaja Kosa wurde eine 4G-Basisstation an einem Kommunikationsobjekt montiert und in Betrieb genommen. Eine neue Klimaanlage wurde an einem Kommunikationsobjekt in Kasjanowka montiert.

An Einrichtungen der Gesundheitsversorgung wandten sich mehr als 5600 Menschen. Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Sopino und Sachanka durchgeführt.

In Mariupol gehen die Inbetriebnahme von Gasleitungen weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 20 Hektar Territorium und mehr als 32.000 Quadratmeter Gebäude untersucht und fast 2500 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Jassinwowataja, Luganskoje, den Kiewskij und den Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk abgeworfen.** Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium und die Polizei an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten

wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:24 de.rt.com: **UN hofft auf erste Lieferungen von ukrainischem Getreide am Freitag**

Der UN-Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten, Martin Griffiths, hofft, dass die erste Getreidelieferung aus der Ukraine über das Schwarze Meer bereits am Freitag erfolgen kann. Während eines Briefings sagte er:

"Wir hoffen, dass die erste Tour in den nächsten Tagen, hoffentlich schon morgen, stattfinden wird."

Am 22. Juli wurden in Istanbul multilaterale Abkommen zur Aufhebung der russischen Ausfuhrbeschränkungen und zur Unterstützung Russlands bei der Ausfuhr ukrainischen Getreides unterzeichnet. Das Abkommen, das von Vertretern Russlands, der Türkei, der Ukraine und der UNO geschlossen wurde, sieht die Ausfuhr von ukrainischem Getreide, Lebensmitteln und Düngemitteln über das Schwarze Meer aus drei Häfen vor, unter anderem aus Odessa.

Die UNO hat wiederholt darauf hingewiesen, dass eine Nahrungsmittelkrise aufgrund von Getreideknappheit drohe. Der Westen beschuldigte Russland, ukrainisches Getreide am Zugang zu den Weltmärkten zu hindern, während Moskau diese Vorwürfe vehement zurückwies. Gleichzeitig haben die Kiewer Behörden selbst zahlreiche Hindernisse für den Getreideexport geschaffen: Neben einer aufgedeckten Brandstiftung im Hafen von Mariupol haben die ukrainischen Truppen die Gewässer des Schwarzen Meeres vermint, was die Lieferung von Getreide per Schiff auf die Weltmärkte verhindert. Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte, Russland würde die Getreideexporte aus der Ukraine nicht verhindern, und wenn Kiew die Häfen räume, könnten die mit Getreide beladenen Schiffe ohne Probleme auslaufen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e2a187b480cc78585aed2e.jpg>

18:41 (17:41) novorosinform.org: **In der Region Cherson wurde die Öffnung einer Passage über den Dnjepr bekanntgegeben**

Der Leiter der Verwaltung der Region Cherson, Wladimir Saldo, erklärte, dass die Passage über den Dnjepr entlang des Damms des Wasserkraftwerks Kachowka geöffnet wurde.

Er betonte, dass der Damm des Wasserkraftwerks Kachowka eine Alternative zur Verbindung von Cherson mit dem Teil der Region Cherson auf der anderen Seite der Antonowskij-Brücke sei. Saldo schrieb darüber in seinem Telegram-Kanal.

Er fügte hinzu, dass auf dem Territorium von Berislaw, wo sich der Damm befindet, der Busbahnhof voll funktionsfähig sei.

"Der Busbahnhof funktioniert, Busse sind bereit, sogar auf die Krim zu fahren. Die Fahrten entlang des Staudamms des Wasserkraftwerks Kachowka wurden wieder aufgenommen", schrieb Saldo.

Er erklärte auch, dass die Vorbereitungen für ein Referendum über den Beitritt zu Russland in der Region Cherson in vollem Gange seien. Darüber hinaus werde in naher Zukunft eine Stelle für den Erhalt von Dokumenten für die Beantragung der russischen Staatsbürgerschaft ihre Arbeit aufnehmen.



https://novorosinform.org/content/images/98/63/49863_720x405.jpg

17:55 de.rt.com: **Mariupol: Testbetrieb von Fernsehen und Rundfunk aufgenommen**

Das Rundfunk- und Fernsehzentrum der Donezker Volksrepublik hat den Testbetrieb von TV und Radio in Mariupol gestartet. Dies meldete die Donezker Nachrichtenagentur (DAN) unter Verweis auf den Pressedienst des Ministeriums für Fernmeldewesen der DVR. Es können russische sowie Donezker und Lugansker Kanäle empfangen werden, so die Meldung weiter.

abends:

18:00 de.rt.com: **US-Senatoren tief besorgt über Reichweite von RT auf Spanisch: Zugriff in Lateinamerika einschränken**

Mehrere US-Senatoren fordern, den Zugriff auf spanischsprachige Inhalte der russischen Auslandssender RT und Sputnik in Lateinamerika einzuschränken. Die russische Botschaft in den USA sieht darin eine Bestätigung für die journalistische Qualität der beiden Medien. US-amerikanische Gesetzgeber sind auf die große Einschaltquote der russischen Auslandssender RT und Sputnik in Lateinamerika aufmerksam geworden. In einem Schreiben zeigen sie sich über diese Tatsache besorgt und fordern, den Zugriff auf die Inhalte von RT en Español und Sputnik Mundo in den sozialen Netzwerken einzuschränken. In der Petition, die von dem Vorsitzenden des Außenausschusses des US-Senats Robert Menendez und den Senatoren Bill Cassidy und Tim Kaine unterzeichnet wurde, [steht](#) unter anderem:

"Wir sind tief besorgt über die Berichte, dass die Tätigkeit und die Reichweite der genannten Medien vor dem Hintergrund der Handlungen Putins in der Ukraine nur zugenommen haben." In dem Schreiben werden die Chefetagen der Unternehmen Meta, Twitter und Telegram eindringlich aufgefordert, ihre Bemühungen wesentlich zu steigern, um die Inhalte von RT und Sputnik zu moderieren. Diese russischen Auslandsmedien werden in dem Appell als "Eckstein des Desinformations- und Propagandasystems des Kremls auf Spanisch" gebrandmarkt. Zugleich werden die Plattformen gebeten, zusätzliche Ressourcen bereitzustellen, um der Verbreitung von Desinformationsinhalten auf Spanisch entgegenzuwirken.

"Wir müssen hinsichtlich der Fähigkeit der notorischen Anbieter der russischen Desinformation, Unwahrheiten zu verbreiten, wachsam bleiben."

Die russische Botschaft in den USA ist der Meinung, dass diese Forderung eine klare

Aufregung Washingtons widerspiegele, da das spanischsprachige Publikum RT und Sputnik wähle. Dies geschehe dank der Qualität und der Aktualität der Berichterstattung.

"Der Grund für die Anschuldigungen ist der Unmut wegen des Interesses des lateinamerikanischen Publikums an einer objektiven Berichterstattung über Ereignisse in Russland und weltweit."

Die Zuschauer könnten selbstständig bestimmen, welche Inhalte sie bekommen möchten, und deren Informationswert einschätzen. Dem Publikum den Zugriff auf eine alternative Sichtweise zu verwehren widerspreche den Grundsätzen der Pressefreiheit. Außerdem gerate diese Petition der US-Senatoren in Widerspruch zu der Ablehnung jeglicher Zensur, wofür sich die US-Regierung so eifrig einsetze, so die russischen Diplomaten.

Zuvor hat die Kommandierende Generalin von United States Southern Command, Laura J. Richardson, erklärt, dass ihr Land nicht nur wegen des Einflusses von China und Russland in Lateinamerika besorgt sei. Die US-Regierung sei auch wegen der 30 Millionen Nutzer beunruhigt, die RT und Sputnik auf Spanisch in den sozialen Netzwerken folgen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e2908848fbef7bfd4ed2e6.jpg>

19:02 (18:02) novorosinform.org: **Der Prozess gegen die „SS-Bären“ findet am Jahrestag des Prozesses gegen General Wlassow statt**

Der Anwalt des Kommandeurs der „SS-Bären“ Pawel Kosowan sagte, dass der Prozess gegen die Kämpfer der Nationalistengruppe am 1. August in der DVR stattfinden werde.

Er erklärte, dass der Fall des Kommandeurs der ukrainischen Sabotage- und Angriffsgruppe Alexander Krawzow zu einem Verfahren mit dem Fall der anderen Mitglieder der Formation zusammengefasst wurde. Nach Angaben des Anwalts wird der Prozess gegen den Kommandanten und andere Mitglieder der Volksgruppe hinter verschlossenen Türen vor dem Obersten Gericht der DVR verhandelt, schreibt TASS. Das Gericht bestätigte die Information, dass der Prozess hinter verschlossenen Türen stattfinden werde.

Früher wurde berichtet, dass die Ermittler den Kommandeur der "SS-Bären" Alexander Krawzow angeklagt haben. Ihm droht die Todesstrafe. Krawzow bekannte sich in den gegen ihn erhobenen Anklagepunkten schuldig. Wenn seine Schuld vom Obersten Gericht der DVR bewiesen wird, wird er zum Tode verurteilt werden.



https://novorosinform.org/content/images/98/64/49864_720x405.jpg

18:26 de.rt.com: **Viktor Orbán: "Energieprobleme lassen sich nur lösen, wenn es Frieden gibt"**

Bei der heutigen gemeinsamen Pressekonferenz des österreichischen Bundeskanzlers Karl Nehammer mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán äußerten sich beide auch zu ihrer jeweiligen Kooperationsbereitschaft mit der Gaspolitik der EU-Kommission. Anlässlich seines Besuches in Wien stellte der ungarische Ministerpräsident Orbán heute auf der gemeinsamen [Pressekonferenz](#) mit dem österreichischen Bundeskanzler Nehammer zunächst einen Zusammenhang zwischen der Kriegsposition des Westens gegenüber der Ukraine und Russland und der Wirtschafts- und Energiesituation in den Ländern der europäischen Union her. Seiner Meinung nach unterstütze die NATO die Ukraine mit Waffen und mit militärischer Ausbildung. Doch die Ukraine sei "eine solche Konstruktion, bei der sich erwiesen hat, dass das nicht zum Sieg der Ukraine führt."

Daraus schlussfolgerte der ungarische Premier, dass es ohne eine Änderung der westlichen Strategie keinen Frieden in der Ukraine geben würde und somit auch das Energieproblem nicht gelöst werden könne. Ohne Energie würde die EU in eine Kriegswirtschaft versetzt, die mit einer Mangelwirtschaft, Preisanstiegen, Rezession und Arbeitslosigkeit einhergehen würde. Frieden und damit zunächst auch eine Änderung der westlichen Strategie seien die Voraussetzung für die Lösung aller anderen Probleme.

"Es geht jetzt nicht darum, die Heizung um 1 bis 2 Grad herunterzudrehen. Wir müssen jetzt alles für den Frieden tun."

Auf die Frage, was er über die neue EU-Gasersparnisverordnung denken würde, freiwillig und im Notfall verpflichtend, äußerte Orbán Bedenken. Er verwies auf die Grundverträge der EU-Energiepolitik, wonach der Energiemix von jedem Land in eigener Regie festgelegt würde. Das Brüsseler "Reinreden", wieviel Gas gespeichert, wieviel gespart und wie der Verbrauch gesenkt werden solle, sähen die Ungarn negativ. Man würde Solidarität zwar auch als etwas Schönes betrachten, aber man wolle doch auf die eigene Leistung bauen nach dem Motto:

"Hilf Dir selbst, dann hilft Dir auch der liebe Gott."

Allerdings fügte Orbán dann hinzu, dass die Ungarn die europäische Einheit als großen Wert betrachten würden.

"Daher nehmen wir die EU-Entscheidung zur Kenntnis und versuchen, sie unter geringstmöglichen Schäden umzusetzen."

Er betonte nochmal, dass er sich weiterhin für einen Strategiewechsel, also für den Frieden einsetzen wolle, der wäre "gut für die Ukraine, für uns, für die europäische Wirtschaft und für die Haushalte, die für die Energieblase zahlen müssen." Demgegenüber sähe er eine gemeinsame europäische Energiebeschränkung bereits als Warnsignal, als ersten Schritt in

Richtung Kriegswirtschaft und die beschriebenen Folgen.

Der österreichische Bundeskanzler Nehammer stellte als erstes fest, dass in Österreich 52 Prozent der Vorräte für die Energiesicherheit im Winter vorhanden wären. Im Moment würde in Russland mit Energiefragen Politik betrieben. Daher habe Österreich ein starkes Interesse, von der russischen Gasversorgung unabhängig zu werden.

"Um dagegen resilienter zu werden, haben wir uns das Ziel gesetzt, deutlich mehr von anderen Anbietern zu kaufen, als von der russischen Föderation. Dafür haben wir in Österreich nun ein Gesetz geschaffen, dass für Unternehmer der höhere Preis anderer Anbieter kompensiert wird. Zum ersten mal in der Geschichte der zweiten Republik hat Österreich beschlossen, eine strategische Gasreserve in Höhe von 20 Terrawatt Gas anzulegen."

Der Bundeskanzler bewertete Energieeffizienz und Einsparungen grundsätzlich als gute Grundlagen. Diese EU-Vorgabe solle ja insbesondere dazu dienen, dass sich auch die Staaten daran halten müssten, die nicht so sehr von der Abhängigkeit von russischem Gas betroffen wären. Die Vorgabe solle der EU insgesamt zugutekommen. Nehammer beendete das Thema mit der Feststellung, dass er sich aber in einem Punkt mit Viktor Orbán einig sei:

"Es gibt viele Ankündigungen von der EU-Kommission, aber es gibt ganz wenige Umsetzungen."

Hier erinnerte Nehammer an die Einrichtung einer sogenannten Plattform für den gemeinschaftlichen Gaseinkauf, damit sich die EU-Länder am Weltmarkt nicht gegenseitig Konkurrenz machen würden. Bisher sei von dieser Plattform nichts mitzubekommen. Einerseits würde die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dazu aufrufen, sich nicht gegenseitig Konkurrenz zu machen, andererseits gäbe sie Österreich den Auftrag, seine Landesspeicher mit 80 Prozent zu befüllen. So würde das nach Nehammers Meinung nicht funktionieren. Die Kommission müsse mehr von dem umsetzen, wovon sie spricht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e2a94f48fbef799400ba2d.jpg>

Pressekonferenz des österreichischen Bundeskanzlers Karl Nehammer mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán, Wien 28.07.2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 28.07.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 300 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert, außerdem hat er nicht lenkbare Luftraketen des Kalibers 80mm eingesetzt.

Die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss wurden **13 Zivilisten verletzt**. 38 Wohnhäuser und 11 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 11 verletzt**

wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:34 de.rt.com: **Ukraine räumt ein, dass es unmöglich ist, Russland zu besiegen, ohne Geschichte umzuschreiben**

Der Berater des ukrainischen Innenministers Wadim Denissenko hat erklärt, dass die Geschichte des Zweiten Weltkriegs umgeschrieben werden muss, um die russische Welt zu besiegen. In einem Beitrag für den Fernsehsender Ukraine 24 sagte er:

"Unser globaler Fehler war, dass wir trotz unseres Sieges, trotz allem, die russische Welt nicht wirklich bekämpfen können, wenn wir nicht unsere Geschichte des Zweiten Weltkrieges schreiben."

Er sagte auch, dass die derzeitigen Kiewer Behörden "eine neue Geschichte der Städte und Dörfer der Ukraine" schreiben müssten, da diejenige, die in den 1970er Jahren geschrieben wurde, bereits "moralisch veraltet" sei.

Zuvor hatten Vertreter der russischen Behörden wiederholt erklärt, dass es inakzeptabel sei, die Geschichte umzuschreiben, auch die Geschichte des Zweiten Weltkriegs. So rief der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, am 22. Juni dazu auf, das Umschreiben der Geschichte in den USA und Westeuropa zu verhindern, insbesondere die Gleichsetzung der Verantwortung von Nazideutschland und der Sowjetunion für die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e2ac9648fbef7bfd4ed30b.jpg>

19:18 de.rt.com: **Ukrainischer Offizier räumt Verbindungen der heutigen Ukraine zu Nazi-Deutschland ein**

Der Pressesprecher der 112. Brigade der Territorialen Verteidigung der Ukraine, Andrei Kowaljow, hat das 1941 von Nazi-Kollaborateuren ausgearbeitete Gesetz als eine der Grundlagen der modernen ukrainischen Staatlichkeit bezeichnet.

Zu den Grundlagen der ukrainischen Staatlichkeit gehöre das von den ukrainischen Nazi-Kollaborateuren im Jahr 1941 entwickelte Gesetz. Dies verkündete Andrei Kowaljow, Pressesprecher der 112. Brigade der Territorialen Verteidigung der Ukraine, anlässlich des Tages der ukrainischen Staatlichkeit. Kowaljow unterstrich, dass er den Feiertag unterstütze. Kowaljow präzisierte ferner, dass es in der Geschichte der Ukraine mehrere Daten gebe, die als Unabhängigkeitstag oder Tag der Wiederherstellung der Unabhängigkeit bezeichnet werden könnten. Als Beispiele nannte er die Wiederherstellung der Unabhängigkeit zu Beginn des 20. Jahrhundert, am 22. Januar 1918, die Proklamation der Unabhängigkeit der Karpaten-Ukraine am 15. März 1938 und den 30. Juni 1941.

Laut Kowaljow habe es in dem Akt von 1941, der in der Zeitung Samostojatel'naja Ukraina (zu Deutsch: Selbstständige Ukraine) veröffentlicht wurde, geheißen, dass "der neu gegründete ukrainische Staat eng mit dem nationalsozialistischen Großdeutschland zusammenarbeiten wird, das unter der Führung von Adolf Hitler eine neue Ordnung in Europa

und in der Welt schafft und dem ukrainischen Volk hilft, sich von der Moskauer Besatzung zu befreien".

Dieses Dokument wurde von der Organisation Ukrainischer Nationalisten - ihr Kampfflügel war die Ukrainische Aufständische Armee - verfasst, deren Anführer Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch in Kiew zu "Helden" erklärt wurden, die wiederum eng mit Hitler-Deutschland kollaboriert hatten.

Erst kürzlich hatte der Oberste Gerichtshof der Krim die Handlungen der Nazis während der Besetzung der Halbinsel im Zweiten Weltkrieg als Völkermord anerkannt. Während des Prozesses wurden Zeugen befragt und Archivadokumente - auch solche, die zuvor als geheim eingestuft waren - untersucht. Die Beweise über die gezielte Massenvernichtung der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen auf der Krim durch die Nazis und ihre ukrainischen Komplizen wurden wirksam dargelegt. Der Westen übersieht weiterhin die Tatsache, dass in der Ukraine Nazi-Kollaborateure als Nationalhelden verehrt werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e2b06048fbef7c1b460558.jpg>

20:02 de.rt.com: **Kiew droht mit Angriff auf russisches Territorium: "Es fehlt uns nicht an politischem Willen"**

Die Ukraine hat erklärt, dass sie nicht zögern werde, die Dokumente für Angriffe auf Militäreinrichtungen in Russland zu unterzeichnen. Den ukrainischen Behörden soll es nicht an politischem Willen für diese Entscheidung fehlen.

Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine Alexei Danilow hat Russland mit einem Angriff auf Militäreinrichtungen gedroht. Der Sicherheits- und Verteidigungsrat verfolge alle Raketen- und Luftangriffe Russlands auf die Ukraine sehr genau, hieß es weiter. Danilow fügte hinzu, dass den ukrainischen Behörden zudem alle Standorte in Russland bekannt seien, von denen Angriffe durchgeführt würden. Wörtlich hieß es:

"Was den Willen anbelangt, so fehlt es uns nicht an diesem. Und wenn es nötig ist, glauben Sie mir, wird niemand zögern zu unterschreiben, was zu unterschreiben ist, um die Einrichtungen, von denen Sie sprechen, zu zerstören. Die Erklärung unseres Präsidenten, dass wir einen Gegenangriff auf die Gebiete machen werden, aus denen dies kommt, ist ein klarer Beweis dafür."

Vor Kurzem erklärten einige ukrainische Beamte, die Kiewer Streitkräfte könnten Ziele auf der Halbinsel Krim oder die Krim-Brücke angreifen, die sie als wichtige Nachschubroute für die russischen Streitkräfte betrachten. Der Sprecher des ukrainischen Militärgeheimdienstes Wadim Skibitski betonte, die Krim könne mit den von den USA gelieferten Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS und M270 MLRS beschossen werden.

Moskau antwortete daraufhin, dass die Ukraine einen hohen Preis zahlen werde, wenn sie sich zu einem Angriff auf die Krim entschließen werde. Russlands ehemaliger Präsident Dmitri Medwedew teilte Mitte Juli mit, dass Moskau in einem solchen Fall mit einem "massiven Schlag" gegen die ukrainische Leitung reagieren könnte.

Anfang Juni hatte Präsident Wladimir Selenskij einen Angriff auf russisches Gebiet ausgeschlossen. Er unterstrich dies im Zusammenhang mit der Lieferung amerikanischer HIMARS-Raketensysteme an die Ukraine, die je nach Geschoss eine Reichweite von mehreren Dutzend bis Hunderten von Kilometern haben können. Damals teilte Selenskij mit: "Wir sind nicht daran interessiert, was in Russland passiert. Wir sind nur an unserem eigenen Territorium interessiert."

Der Kreml schenkte den Versprechungen Selenskij's jedoch keinen Glauben und wies darauf hin, dass die ukrainische Seite "keine Erfahrung mit Fällen, in denen Versprechen eingehalten wurden", habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e287d848fbef7b5432057e.jpg>

M142 HIMARS im Einsatz